IMT Nuremberg Archives

H – 384

International Court of Justice

595

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 26. JUNI 1946.
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

VORSITZENDER: Das Gericht wird morgen Donnerstag Nachmittag keine oeffentliche Sitzung haben, sondern wird eine Sitzung hinter verschlossenen Tueren durchfuehren, d.h. das Gericht wird Morgen von 10.00 Uhr bis 1.00 in oeffentlicher Sitzung tagen und dann am Nachmittag hinter verschlossenen Tueren.

Am Samstag vormittag wird das Gericht von 10.00 Uhr bis 1.00 Uhr oeffentlich tagen.

GENERAL-MAJOR RAGINSKY: Herr Vorsitzender, mir ist bekannt geworden, dass gestern, als ich ein Dokument vorlegte und zwar das Dokument USSR 494 dem Gericht die notwendigen Kopien dieses Dokumentes nicht vorgelegt wurden. Ich bitte diesen Vorfall zu entschuldigen und moechte das Gericht bitten, diese Kopien jetzt anzunehmen.

FORTSETZUNG DES KREUZVERHOERS DURCH GENERALMAJOR RAGINSKY:

F: Angeklagter, wir wollen jetzt zurueckkommen zu Ihrer Erklaerung vom August 1939. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie vor Gericht gesagt, dass diese Erklaerung herausgegeben wurde im Zusammenhang mit der damaligen militaerischen Lage. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Bezueglich der militaerischen Lage hat sich damals nichts ereignet, inzwischen hat sich ueberhaupt keine politische Spannung bemerkbar gemacht, also nicht direkt mit der militaerischen Lage. Es war ja damals noch nichts los.

F: Also unabhaengig von der militaerischen Lage, gut. Geben Sie zu, dass Sie durch diesen Erlass, den Sie gegeben oder diese Warnung, Sie das System von Geiseln einfuehren wollten. Geben Sie das zu ?

A: Ich habe die Frage nicht verstanden.

F: Ich werde die Frage wiederholen. Ich frage Sie, geben Sie zu, dass Sie durch diese Warnung oder diesen Erlass vom August 1939 -- das ist ein Dokument, das ich unter der Nr. USSR 490 vorlege -- dass Sie mit diesem Erlass das System der Geiseln eingefuehrt haben.
Geben Sie das zu ?

A: Ich habe es nicht verstanden.

F: Hat man Ihnen eben falsch uebersetzt?

A: Ja, die Uebersetzung ist nicht durchgekommen, nur der letzte Satz nicht. Ich habe den letzten Satz nicht verstanden.

H0384-0002

H0384-0003

F: Das Dokument ist Ihnen gut bekannt, glaube ich.

A: Jawohl; aber ich habe den letzten Satz Ihrer Frage nicht verstanden.

F: Ich werde mich bemuehen, es Ihnen so zu sagen, dass Sie es verstehen. In diesem Befehl, im vorletzten Absatz steht geschrieben: Die Verantwortlichkeit fuer diese Sabotage-Akte trifft nicht nur die einzelnen Taeter, sondern die gesamte tschechische Bevoelkerung. Das bedeutet doch, dass nicht nur die Taeter selbst bestraft werden, sondern dass ein Geiselsystem angewandt wurde, dass die Strafe auch auf Unschuldige erstreckt wird. Und dieser Befehl, den Sie geschrieben haben, dieser Befehl war der Anfang fuer den Massen-Terror gegen das tschechische Volk, nicht wahr ?

A: Keineswegs. Das bedeutete nur, dass die moralische Verantwortung fuer die evtl. Taten dem tschechischen Volk zur Last gelegt werden sollten.

F: Wurde dieser Befehl nicht in die Praxis umgesetzt, z.B. in Lindice? War es lediglich um die moralische Verantwortung?

A: Ja.

F: In diesem Befehl sagen Sie folgendes:
"Wer die Wichtigkeit dieser Massnahmen nicht einsieht, wird als Staatsfeind angesehen." Waren das Staatsfeinde — war es dann nur eine Frage der moralischen Verantwortung?

A: Ja, wenn einer die Befehle nicht befolgte, so wurde er selbstverstaendlich bestraft.

F: Das moechte ich eben feststellen und habe Ihnen deshalb die Frage gestellt. Mit dieser Warnung, die Sie erklassen haben im August 1939, haben Sie den Anfang gelegt fuer den Massen-Terror und fuer die Bestrafung von Personen, die eigentlich unschuldig waren ?

A: Ich weiss nicht, wie Sie diese Folgerung aus dieser Warnung ziehen wollen.

F: Wir wollen jetzt zu den Folgerungen uebergehen, die wir daraus ziehen. In dem Bericht der tschechischen Regierung, der dem Gericht als Dokument Nr. USSR 60 vorliegt, es ist der Bericht ueber die Untersuchung der Verbrechen, die von Ihnen und von Ihren Mitarbeitern vollbracht wurden, alles dokumentarische Beweismittel, die Sie ableugnen.
Ich will nicht mit Ihnen streiten ueber dieses Dokument, ich will aber diese Zeugenaussagen im Protokoll einverleiben und moechten Sie bitten zu sagen, ob Sie

diese Aussagen bestaetigen oder ob Sie sie verneinen.Ich verlese Ihnen einen Auszug aus den Aussagen des frueheren Finanzministers Josef Kalfus, vom 8. November 1945.

GENERAL-MAJOR RAGINSKY: Die Herren Richter werden diese Auszuege auf Seite 12 des englischen Textes finden. Es ist das Dokument USSR 60.

F: Kalfus hat ausgesagt:

"Alles in allem koennen wir sagen, dass das von Neurath und nach ihm von anderen deutschen Verwaltungen eingefuehrte Wirtschaftssystem nichts als ein systematisch organisierter Raub war. Was die Besetzung der Schluesselstellungen in der tschechischen Industrie und Finanzwesen betrifft, soll angefuehrt werden, dass mit Neuraths Kommen ein starkes Wirtschaftskontingent eingefuehrt wurde, das sofort die Hauptstellen in der Industrie besetzte (Skoda-Werke, Bruenner, Waffenfabrik, Stahlwerke in Wittkowitz). Wichtige Banken (Boehmische Diskontbank, Boehmische Unionbank, Laenderbank) wurden gleichfalls besetzt."

Geben Sie das zu ?

A: Ueber diese Sache habe ich mich gestern eingehend geaeussert und beziehe mich auf meine gestrigen Aeusserungen. Ich habe nichts mehr hinzuzufuegen.

F: Sie bestaetigen also dieses nicht, schoen.

A: Keineswegs.

F: Der fruehere Praesident der Tschechoslowakei, Richard Bienert, hat im Verhoer vom 8. November 1945 ausgesagt --

GENERAL-MAJOR RAGINSKY: Herr Vorsitzender, es ist ein Auszug, den das Gericht auf Seite 13 des englischen Textes finden wird. Es ist das Dokument USSR 60.

"Als wir ihn etwas naeher kennen lernten, fiel es uns auf, dass er Tschechen gegenueber ruecksichtslos war und dass irgendein Bedenken hinsichtlich der verletzten Nationalehre des tschechischen Volkes ihn nicht bewegen konnte, Als Landespraesident von Boehmen wusste ich, dass Neurath derjenige war, der die politische Verwaltung Boehmens und Maehrens sowohl die staatliche wie auch die Gemeindeverwaltung, den Deutschen unterstellt..... Ich erinnere auch, dass Neurath die Aufloesung der Landesschulraete und die Ernennung deutscher Schulinspektoren an ihrer Stelle zuwege brachte. Neurath verletzte den von Hitler am 16. Maerz 1939 herausgegebenen Erlass: Er befahl die Aufloesung der Landesvertretung, er bewerkstelligte die Verschickung von tschechischen Arbeitern im Reich, wo sie fuer das Kriegspotential des Reiches arbeiten mussten, von April 1939 an, er befahl die Schlies-

H0384 – 0004

H0384 - 0005

sung der tschechischen Universitaeten und vieler tschechischer Buerger- und Volksschulen, er loeste die tschechischen Turnvereine und Vereine, wie Sokol, Orel, FDTJ und ordnete die Einziehung des Besitzes dieser Turnvereine an, er schloss den "Christlichen Verein junger Maenner" und den "Christlichen Verein junger Maedchen" und befahl die Einziehung ihres Besitzes, er schloss die tschechischen Lehrlings- und Studentenerholungsheime und Lager und befahl die Einziehung ihres Besitzes, er machte sich der Verfolgung von Kirchenorden, z.B. des Ursulinenordens, der paedagogische und humanitaere Ziele verfolgt, schuldig.

Ich weiss, dass aller Besitz dieser Organisationen der deutschen SS, SA, Wehrmacht, Hitlerjugend und RAD zur Nutzniessung ueberhaendigt wurde.
Das ist allgemein bekannt. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 fanden Massenverhaftungen sogenannter Geiseln im gesamten Protektorat statt. Die meisten Geiseln waren hoehere Beamte, Professoren, Offiziere und wohlhabende tschechische Buerger. Die Gestapo fuehrte die Verhaftungen aus, jedoch auf Befehl des Reichsprotektors. Ich selbst wurde ebenfalls am 1. September 39 verhaftet, in das Pankrac Gefaengnis eingeliefert und im Petschekpalais verhoert. General Jezek kam fuer das Innenministerium um meine Entlassung ein und ich wurde auch entlassen. Die Bewilligung hierzu lag auf Befehl des Reichsprotektors, vier Stunden spaeter vor. Das beweist, dass die ganze Aktion unter seiner Leitung stand."

Wie steht es mit diesen Aussagen, bestreiten Sie diese auch nicht ?

A: Nein, nein. Ich habe ueber alle diese Dinge, die hier aufgezaehlt sind, gestern hier ausdruecklich gesprochen. Ich habe nicht die Absicht, dies alles noch einmal zu wiederholen. Im uebrigen ist es mir sonderbar, dass gerade Herr Bienert, der maenlich genau wusste, was ich veranlasst habe und in welchem Verhaeltnis ich zur Gestapo usw. stand, gerade Herr Bienert das hier vorbringt.

F: Schoen, wollen wir andere Aussagen uns mal ansehen. Der fruehere Premierminister des sogenannten Protektorates, Dr. Krejci, hat bei seiner Vernehmung am 8. November 1945 folgende Aussagen gemacht.

GENERAL RAGINSKY: Es ist ein Auszug, den das Gericht auf Seite 17 des englischen Textes finden wird. Es ist das Dokument USSR-60.
"Ich weiss, dass die Turnvereine auf Befehl des Reichsprotektors aufgeloest und ihre Guthaben und Einrichtungen deutschen Verbaenden, wie der SS, SA, Hitlerjugend und so weiter ueberhaendigt würden. Am 1. September 1939, als die deutsche Armee

H0384 - 0006

Polen angriff, fanden weitgehende Verhaftungen statt, insbesondere von Offizieren, Intellektuellen und wichtigen politischen Persoenlichkeiten.Die Verhaftungen wurden von der Gestapo ausgefuehrt, jedoch, da es eine so grosse und so wichtige Aktion war und derart einschneidend in das tschechische Nationalleben, konnten sie nicht ohne Einwilligung des Reichsprotektors vorgenommen werden."

Und auf der naechsten Seite ein weiteres Zitat:

"Was das Judenproblem betrifft, so noetigte der Reichsprotektor die Protektoratsregierung zu Massnahmen gegen die Juden und, als dieser Druck nicht den gewuenschten Erfolg zeigte, schritten die Deutschen oder die Reichsprotektoratskanzlei zu Judenverfolgung nach der Reichsgesetzgebung. In der Konsequenz wurden Zehntausende von Juden verfolgt und verloren Leben und Gut."

DURCH GENERAL RACINSKY:

F: Wollen Sie auch diese Aussagen abstreiten?

A: Zu den Eingangs von Ihnen erwaehnten Befehlen ueber die Turnvereine, da habe ich zu sagen, dass das eine Polizeimassnahme war, die nicht von mir veranlasst worden ist und ich wiederhole ferner und das habe ich gestern schon gesagt, dass die Verhaftungen bei Kriegsbeginn von der Gestapo auf direktem Befehl von Berlin erfolgt sind, ohne dass ich ueberhaupt etwas davon erfahren habe. Ich habe es erst nachher erfahren.

Endlich, was das am Schluss erwaehnte Judenproblem betrifft, so ist, die in der Anklageschrift glaube ich enthaltene Behauptung, dass ich versucht haette, die Protektoratsregierung zu veranlassen, die Judengesetze einzufuehren, unrichtig. Ich habe, beziehungsweise mein Staatssekretaer hat, soviel ich weiss, mit Herrn Elias gesprochen, ich ueberhaupt nie; sondern ich habe nur mit Herrn Hacha nachher gesprochen bei einem spaeteren Anlass, naemlich, wie versucht wurde, die Rassengesetzgebung auch gegen die Tschechoslowakei einzufuehren. Dagegen hat sich Herr Hacha gestraeubt und ich habe ihm gesagt, auf meine Verantwortung hin brauche er das nicht zu machen. Die Einfuehrung der Judengesetze ist allerdings auf eine Anordnung von mir erfolgt, weil ich schon Anfang April 1939 die Weisung bekommen hatte, ich muesste nun die Judengesetzgebung auch in demnunmehr dem Reich einverleibten Protektorat einfuehren. Ich habe diese Einfuehrung hinausgezogen bis Juli durch allerlei Rueckfragen in Berlin, um naemlich den Juden Zeit zu lassen, einigermassen sich darauf einzurichten.

F: Sagen Sie mir bitte, ist Ihnen Dr. Havelka bekannt ?

H0384 - 0007

A: Herrn Hawelka kenne ich, ja, ja.

F: Er kannte genau Ihre Besprechungen mit Hacha, nicht wahr?

A: Ja, wie weit er die kannte, weiss ich nicht. Herr Hawelka war ein oder zwei Mal bei mir. Er war der Minister des Verkehrs, glaube ich.

F: Jawohl, ganz richtig. Er war ein Verkehrsminister, aber vorher war er der Chef der Kanzlei von Hacha, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Dr. Hawelka hat bei seinen Verhoer am 9. November 1945 folgende Aussagen gemacht.

GENERAL RAGINSKY: Diese Aussagen, Herr Vorsitzender, befinden sich auf Seite 18 und 19 des englischen Textes des Dokumentes USSR 60. Ich zitiere einen Auszug:

" .... Er war an dem tschechichen Volke desinteressiert und an Einsprueche der Kabinettsmitglieder und Dr. Hachas Bestreben auf den tschechischen Belangen blieben im grossen Ganzen erfolglos. Neurath war verantwortlich fuer alle in Boehmen und Maehren getroffenen Massnahmen, auf die er von Regierungsmitgliedern und von Dr. Hacha aufmerksam gemacht wurde."

Insbesondere gilt das von folgenden Aktionen:

Die Verhaftung tschechischer Offiziere, Intellektuellen, Mitglieder der tschechoslowakischen Legion des ersten Weltkrieges und Politiker zum Zeitpunkt des Angriffs der deutschen Armee auf Polen.

6.000 bis 8.000 Leute wurden als Geiseln verhaftet. Die Deutschen selbst nannten Sie " Ehrengefangene". Die Mehrzahl dieser Geiseln wurde niemals verhoert und alle zu Gunsten der Ungluecklichen bei der Protektoratskanzlei vorgenommenen Schritte blieben erfolglos.

Neurath als Alleinvertreter der Reichsregierung im Protektorat Boehmen und Maehren war fuer die Hinrichtung von neun Studenten am 17. November 1939 verantwortlich. Diese Hinrichtungen - - - "

VORSITZENDER: Herr General Raginsky, waere es nicht besser, und vielleicht auch fairer fuer ihn, wenn man ihm immer nur eine Frage stellen wuerde? Sie lesen lange Paragraphen aus diesem Dokument vor, die viele Fragen enthalten. Wenn Sie Ihn zum Beispiel erst ueber die beiden Paragraphen, die Sie eben verlesen ueber die Verhaftung der Offiziere, befragen, ob es wahr ist oder nicht, dann koennen Sie auf andere uebergehen. Ich glaube, es ist schwer fuer ihn,

H0384 - 0008

diese vielen Fragen auf einmal zu beantworten ?

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, diese Dokumente liegen ihm vor. Aber, ich werde Ihrem Wunsche Folge leisten und es so machen. Was die Frage der Studenten betrifft, so würde ich sie einzeln behandeln.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Bestaetigen Sie die Aussagen, die ich bisher verlesen habe, bezueglich der Geiseln ?

A: Ueber diesen Arrest oder ueber diese Verhaftung der Mitglieder einer sogenannten "Vlajka" Anfang September 1939 habe ich eben vorhin gesprochen und gestern, ausfuehrlich. Ich habe gesagt, dass diese Verhaftungen, ich wiederhole es noch einmal, von der Gestapo ohne mein Wissen durchgefuehrt wurden. Die Behauptung des Herrn Hawelka, dass ich naemlich fuer die Mehrzahl dieser Geiseln keinerlei Schritte unternommen habe - Herr Hawelka muesste wissen, dass ich mich fuer diese Leute dauernd eingesetzt habe und, dass ich eine grosse Menge auch freibekommen habe.

F: Gut, wir wollen zur naechsten Frage uebergehen. Hier vor Gericht ist wiederholt das Dokument USSR-223 vorgelegt worden, es ist das Tagebuch Frank.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich beziehe mich jetzt nicht auf Karl Hermann Frank, der auf Beschluss des Gerichtes verurteilt und exekutiert worden ist. Ich spreche jetzt von dem Frank, der hier auf der Anklagebank sitzt. Dieses Zitat ist hier bereits vorgetragen worden. Ich moechte in diesem Zusammenhang an den Angeklagten eine Frage stellen. Da steht geschrieben:
"Waehrend eines Interviews mit einem Korrespondenten des "Voelkischen Beobachter" im Jahre 1942 erklaerte der Angeklagte Frank, dass in Prag rote Plakate ausgehaengt worden sind, mit einer Bekanntmachung, dass heute sieben Tschechen erschossen worden sind, und dass, wenn ein Befehl gegeben wuerde, dass solche Plakate fuer alle sieben erschossenen Polen aufgehaengt werden sollen, dann wuerde es in Polen nicht genuegend Holz geben, um das Papier fuer solche Plakate herzustellen."

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Sagen Sie mir, ist es wahr, dass in Prag diese roten Plakate tatsaechlich aufgehaengt waren ueber Leute, die erschossen wurden ?

A: Das habe ich gestern gesagt. Ich habe ja gestern schon gesagt, dass das dieses Plakat war, auf dem meine Unterschrift missbraucht war, dass ich es gar

H0384 - 0009

nicht gesehen hatte vorher.

Das ist dieses rote Plakat.

F: Wenn Sie es nicht gesehen haben vorher, dann wollen Sie es sich jetzt einmal ansehen.

A: Ja, ich kenne es genau.

F: Ich lasse es Ihnen gleich mal vorlegen.

A: Ja, ich kenne es gut, dieses Plakat.

VORSITZENDER: General Raginsky, er sagt nicht, er haette es nicht gesehen, er sagt, es waere ohne sein Wissen geschehen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich moechte auf diesen Punkt noch zurueckkommen. Ich moechte jetzt feststellen, ob es das rote Plakat ist, das Frank in seinem Tagebuch erwaehnt hat. Ich lege dieses Plakat als Beweisstueck USSR-489 vor. Ich moechte diese Mitteilung verlesen. Es ist keine lange Sache und wird nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Der Text ist der folgende:

"Bekanntmachung!"

Trotz wiederholter ernster Warnungen versucht seit einiger Zeit eine Gruppe tschechischer Intellektueller in Zusammenarbeit mit Emigrantenkreisen im Ausland durch kleine oder groessere Widerstandsakte die Ruhe und Ordnung im Protektorat Boehmen und Maehren zu stoeren.

Es konnte dabei festgestellt werden, dass sich Raedelsfuehrer dieser Widerstandsakte besonders auch in den tschechischen Hochschulen befinden.

Da sich am 28. Oktober und am 15. November diese Elemente hinreissen liessen, gegen einzelne Deutsche taetlich vorzugehen, wurden

die tschechischen Hochschulen

auf die Dauer von drei Jahren geschlossen,

neun Taeter erschossen

und

eine groessere Anzahl Beteiligter in Haft genommen.

Prag, den 17. November 1939

Der Reichsprotektor in Boehmen und Maehren

gez. Freiherr v. Neurath"

Ende des Zitates.

H0384-0010

Sie behaupten also, dass Sie dieses Dokument, diese Warnung nicht unterschrieben haben. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Jawohl, das habe ich schon gestern oder vorgestern ausgefuehrt, wie das zustande gekommen ist, naemlich in meiner Abwesenheit.

F: Ja, wir wollen nicht wiederholen, was wir gestern gesagt haben, Ich will jetzt die Aussagen zitieren von Karl Hermann Frank vom 26. September 1945. Diese Aussagen sind auf Seite 46 und 47 des russischen Textes und des englischen Textes. Karl Hermann Frank hat folgende Aussagen gemacht ueber diese Bekanntmachung. "Dieses Dokument, das vom 17. November 1939 datiert war, ist von Neurath unterschrieben. Neurath hat weder gegen die Erschiessung der neun Studenten protestiert.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich moechte hier zu diesem auf etwas aufmerksam machen. Es ist aus dem Dokument, das weder datiert und in meiner Abschrift auch nicht unterschrieben ist, ueberhaupt nicht ersichtlich, von wem das ist. Ich moechte doch einmal protestieren gegen die Vorlesung dieses Dokumentes.

VORSITZENDER: DR. von Luedinghausen, liegt nicht ein Certificate ueber das Dokument vor ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: In meiner Abschrift nicht.

VORSITZENDER: Gut,

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir dieses Missverstaendnis aufzuklaeren. Dr. v. Luedinghausen hat zu seiner Verfuegung den ganzen Text des USSR-Dokumentes. Der englische Text liegt Ihnen, Herr Vorsitzender, vor. Dieses Dokument ist gestern vorgelegt worden und es enthaelt eine Bestaetigung ueber die Richtigkeit dieses Protokolls. Das Protokoll ist von dem Vertreter der tschechoslowakischen Regierung unterschrieben worden. Um den Prozess zu vereinfachen, haben wir ein weiteres Dokument an den Verteidigungsanwalt gegeben und, was Dr. von Luedinghausen in Haenden hat, ist eine Kopie. Ich moechte also behaupten und man kann das natuerlich auch sofort feststellen, dass die Richtigkeit des Dokumentes nicht bestritten werden kann. Das Dokument ist auch datiert und zwar vom 7. Maerz 1946.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich darf hierzu nur folgendes bemerken: Als ich diese grosse Anklageschrift dder Anklageberichte der tschechischen Delegation erhielt, durch Herrn Oberst Ecer, waren diesem Dokument ueberhaupt keine Zusaetze oder Anlagen beigefuegt, ausser Gesetzestexten. Ich habe mich dann

H0384 - 0011

benucht, weil auf solche Zusaetze Bezug genommen war, diese zu bekommen. Daraufhin habe ich nur einen Annex einer Anlage, oder Zusatz "Nr. 2 " bekommen, die anderen habe ich so in demselben Zustand bekommen, wie dieses Dokument.

VORSITZENDER: Dr. von Luedinghausen, einen Augenblick bitte. Wollen Sie uns bitte sagen, von welchem Dokument Sie jetzt sprechen ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Von USSR-60.

VORSITZENDER: USSR-60, das ist der tschechische Bericht oder nicht ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Das ist der tschechische Bericht, da ist darauf Bezug genommen. Zu diesem sind auch Annexe herausgegangen und ich wiederhole, dass diese Annexe mir nicht zugaenglich gemacht wurden, beziehungsweise, ich habe mich selbst darum bemucht, aber ich habe nur eines bekommen, das nicht identisch ist mit dem; und dieses Dokument habe ich dann spaeter in derselben Verfassung bekommen, in der es hier mir jetzt eben vorgelegt wurde, das heisst ohne Ueberschrift, ohne Unterschrift und ohne Datum und erst recht ohne irgend ein Certificat, wann, wo und von wem diese angebliche Aussage von Funk aufgenommen worden ist.

VORSITZENDER: Dann wollen wir mal hoeren, was General Raginsky darueber zu sagen hat. So, wie der General sagt, hat er ein Certificat, zu dem Dokument und das was uns vorgelegt worden ist, ist lediglich eine Kopie, die vielleicht nicht das Datum und auch nicht die Bestaetigung darauf hat. Aber es ist dasselbe, wie das Dokument, das beglaubigt ist. Das ist doch, was Sie sagten, Herr General Raginsky?

GENERAL RAGINSKY: Jawohl.

VORSITZENDER: Koennten Sie Dr. v. Luedinghausen nicht das Certificat zeigen, wie auch das Dokument, das beglaubigt ist ?

GENERAL RAGINSKY: Jawohl, Herr Vorsitzender, ganz richtig. Es ist ein Certificat, das Sie auf Seite 44 des russischen Textes im Anhang zum Dokument USSR-60 finden, unterschrieben von Ecer und Oberstleutnant Nowack. Dieses Originalcertificat wurde seinerzeit von uns dem Gericht vorgelegt.

VORSITZENDER: Muss das Gericht mit diesem Dokument soviel Zeit verlieren. Es scheint mir, wir verschwenden viel Zeit?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Es ist doch immerhin wichtig, ich kann doch sonst nicht nachpruefen, ob es echt ist. Es ist doch mein gutes Recht.

H0384 – 0012

VORSITZENDER: Ich habe General Raginsky gefragt, ob er darauf besteht, das Dokument zu benuetzen. Lohnt es sich, ich weiss nicht, welches Dokument es ist und was es enthaelt ?

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, es ist ein sehr wichtiges Dokument und ich halte es fuer noetig, das Dokument zuzulassen, umso mehr, als dieses Dokument schon vor einigen Monaten dem Gericht vorgelegt worden ist. Es ist das Dokument USSR - 60, das vom Gericht schon vor Monaten als Beweismittel angenommen worden ist. Ich verstehe nicht, welche Einwendungen Dr. v. Luedinghausen jetzt macht.

H0384 - 0013

VORSITZENDER: Warum zeigen Sie nicht Dr. von Lüdinghausen die Beglaubigung zu diesem Dokument, das Sie ihm übergeben haben?

GENERAL RAGINSKY: Ja, sicherlich, Herr Präsident. Ich habe dieses Zertifikat in russisch. Ich kann ihm den russischen Text zeigen, sodass er davon überzeugt ist. Das Originaldokument liegt dem Gericht vor und ist im Besitze des Gerichts.

VORSITZENDER: Ist denn die Beglaubigung nicht auf deutsch übersetzt worden, und steht in der Beglaubigung nicht, um welches Dokument es sich handelt? Ist die Beglaubigung ins Deutsche übersetzt?

GENERAL RAGINSKY: Ich habe hier im Augenblick keinen deutschen Text vorliegen, aber während der Pause werde ich das Original in deutscher Sprache Dr. von Lüdinghausen vorlegen.

VORSITZENDER: Dr. von Lüdinghausen, das Gericht hört, dass dieses Dokument schon früher überreicht worden ist, und dass die Beglaubigung des General Ecer (?) zu gleicher Zeit eingereicht worden ist, die bestätigt, dass dieses Dokument ein Teil der tschechischen Berichte ist. Unter diesen Umständen wird das Gericht das Dokument zulassen.

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, dann habe ich noch einen Einwand gegen die Verwendung des Dokuments. Der Verteidigung steht bekanntlich das Recht zu, wenn irgendwelche Vernehmungsprotokolle oder Affidavits von Zeugen vorgelegt werden, diese Zeugen vorzuladen zur Vernehmung. Der frühere Staatssekretär Frank, von dem diese Aussage stammt, befindet sich aber bekanntlich nicht mehr unter den Lebenden. Ich protestiere daher auch aus diesem Grunde gegen die Verwendung des Dokumentes.

VORSITZENDER: Dr. von Lüdinghausen, dieses Dokument ist angeboten und als Beweismaterial auch angenommen worden, als Herr K. H. Frank noch unter den Lebenden weilte. Das ist einer der Gründe, warum es angeboten wurde. Das Dokument ist unter dem Paragraph 21 des Statuts zulässig und ist unter diesem Artikel zugelassen worden. Es besteht keine solche Verfügung, wie Sie angaben, nämlich, dass die Verteidigung berechtigt wäre, jede Person, die ein Affi-

H0384 - 0014

davit gemacht hat, in's Kreuzverhör zu nehmen. Es ist ganz und gar Sache des Gerichts, und aus diesem Grunde ist Ihr Einwand abgewiesen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich möchte Sie nicht länger damit aufhalten, aber ich wollte Ihnen zeigen, dass dieses eine unnötige Zeitverschwendung wäre, da Dr. v. Lüdinghausen ja schliesslich selbst auch das Dokument gebraucht hat, um einige Auszüge aus den Aussagen Franks anzuführen.

Ich möchte jetzt einige Aussagen von Frank im Protokoll aufnehmen. Ich wiederhole, dass dieses Dokument in Verbindung mit der Warnung steht, die wir eben dem Gericht dargelegt haben, datiert vom 17. November 1939, unterschrieben von Neurath, der nicht protestierte weder gegen die Erschiessung der 9 Studenten, noch wegen der Studenten die ins Konzentrationslager geschickt werden sollten. Er verlangte auch nicht irgendwelche Änderungen in dieser Gesetzgebung.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Haben Sie diese Aussage gehört, Angeklagter?

A: Ja, ich habe sie gelesen.

F: Bestreiten Sie sie?

A: Aber ganz entschieden. Ich habe gar nicht die Möglichkeit gehabt, das zu tun, denn ich war nicht in Prag, und konnte infolgedessen weder Kenntnis haben, noch sie unterschreiben oder weitergeben.

F: Schön. Sie behaupten also weiter, dass die Polizei Sie niemals darüber informiert hatte, über die Verhaftungen und andere polizeilichen Massnahmen? Behaupten Sie das entschieden?

A: Ich habe niemals gesagt, dass Sie mich niemals in Kenntnis gesetzt hat, aber immer nachher. Meine Kenntnis stammte immer aus tschechischen Quellen.

F: Bestand da nicht die Regel, dass die Polizei Ihnen regulär über die wichtigsten Vorkommnisse berichtete?

A: Keineswegs. Insbesondere habe ich von dem, was sie vorhatte, sondern höchstens nachher mal, oder wenn ich sie von tschechischer Seite erfuhr, und mich dann bei der Polizei erkundigte, erfahren.

F: Gut. Ich möchte Ihnen jetzt einen Auszug aus den Aussagen Karl

H0384 - 0015

Hermann Frank's vom 7. März 1946 vorlesen. Diese Aussagen wurden gestern von mir dem Gericht vorgelegt und ein Teil von mir bereits verlesen.

Bitte geben Sie dem Angeklagten ein Exemplar dieses Protokolls USSR-494.

(Das Schriftstück wird dem Angeklagten übergeben). Frank sagt: "Der Reichsprotektor von Neurath hat sich sowohl von mir als Staatssekretär, als auch vom BDS über die wesentlichen sicherheitspolizeilichen Vorkommnisse im Protektorat laufend Bericht erstatten lassen. So wurde Neurath in dem speziellen Fall der Studentendemonstrationen vom November 1939 von mir und vom BDS informiert. Es handelte sich in diesem Falle, was die Exekution der Studenten anbelangt, um einen direkten Hitler-Befehl, nach dem die Erschiessung aller Rädelsführer gefordert wurde. Die Anzahl der Rädelsführer wurde von der Prager Stapo festgesetzt und dem Reichsprotektor ebenfalls bekanntgegeben. Die Beurteilung der Anzahl der Rädelsführer war in diesem Falle der Staatspolizei, bezw. der Genehmigung des Reichsprotektors überlassen. Der Reichsprotektor von Neurath hat mit seiner Unterschrift, die er unter die öffentliche Bekanntmachung setzte, welche die Erschiessung der Studenten publizierte, die Aktion genehmigt. Es lässt sich also nicht sagen, dass in diesem Falle der Reichsprotektor nur für die Durchführung des allgemein gegebenen Hitler-Befehls, der von der Exekution aller Rädelsführer spricht, die Verantwortung trägt, sondern dass er speziell auch für die Festsetzung der Anzahl der Rädelsführer nämlich neun, mitverantwortlich ist. Ich habe Neurath über den Verlauf der Ermittlungen genau informiert und er hat die Kundmachung unterschrieben.

Wenn er damit nicht einverstanden gewesen wäre,und eine Änderung, zum Beispiel eine Milderung, verlangt hätte, welches Recht er besessen hätte, so hätte ich mich seiner Meinung anschliessen müssen.'

Wollen Sie nun diese Aussagen ableugnen?

A: Ja ich weiss nicht, wie oft ich noch sagen soll, dass ich da überhaupt gar nicht in Prag war. Und im übrigen weiss ich nicht, unter welchem Druck Frank zu dieser Aussage gekommen ist. Es steht

H0384-0016

hier das Datum nicht darunter, aber ich glaube, Sie sagten, es war am 7. April wurde diese Aussage gemacht, also ein paar Tage vor seiner Exekution.

GENERAL RAGINSKY: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Gerichts darauf lenken, dass der Angeklagte bewusst die Tatsachen verdreht, wenn wenn er sagt, dass diese Aussagen am 7. April gemacht wurden. Es war am 7.März und nicht am 7. April gemacht worden.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Sie können dieses Dokument selbst ansehen und das Datum darauf Wir wollen uns jetzt von dieser Frage abwenden.

A: Nun gut, sagen wir am 7. März; ich glaube, ich habe 7. April gesagt, denn ich habe dieses Datum oben nicht gesehen. Aber ich habe wie gesagt, ich glaube, Ihnen dreimal schon gesagt, dass ich überhaupt nichts wissen konnte, da ich nicht da war.

F: Sie sind sich nicht ganz im Klaren über die Anzal der Studenten, die erschossen wurden. Ich fürchte, dass Sie die Zahl nicht genau angegeben haben. Ich befürchte, dass Ihr Erinnerungsvermögen nicht ganz in Ordnung war.

A: Ich weiss nicht mehr, was ich gestern sagte, aber soviel verwechselt werde ich es wohl kaum haben; ob ein oder zwei weniger waren, das weiss ich nicht.

F: Ich möchte Sie daran erinnern, dass Ihre Antwort auf eine Frage des Sir David, der Dokument 3858 vorgelegt hat, bezüglich der Schliessung der Hochschulen---

VORSITZENDER: Ist es denn notwendig, dass das Kreuzverhör des Sir David noch einmal durchgekaut wird. Wir haben doch gesagt, dass wir denselben Gegenstand nicht zweimal zu erörtern brauchen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich möchte nicht auf dieselbe Sache wieder zurückkommen, und möchte die Fragen von Sir David nicht nochmals wiederholen. Ich möchte nur die Wahrheit feststellen. Der Angeklagte hat gestern gesagt, dass in dem Dokument, das Sir David vorgelegt hat, ein Irrtum sei -- dass in Prag nur 2 Hochschulen bestanden haben, und dass infolgedessen keine 1.200 Studenten verhaftet werden konnten, und dass dies infolgedessen unrichtig ist,

H0384 - 0017

denn es handelte sich ja nicht nur um die Schliessung der 2 Prager Universitäten, aber auf Grund des Erlasses, den ich erwähnt habe, vom 7. November 1939, ist auch die tschechische Universität in Pr die tschechischen Universitäten in Brünn, die technische Hochschul in Brünn geschlossen worden.

VORSITZENDER: Das haben wir gestern schon alles gehört, und wir wollen es nicht weiter hören. Wir haben alles über die Schliessung der Prager Universität gestern schon gehört.

GENERAL RAGINSKY: Gut, Herr Vorsitzender, ich will sie damit nicht weiter aufhalten. Ich möchte nur noch sagen, dass nicht 2 Un versitäten geschlossen wurden, sondern ungefähr 10 Hochschulen. Ich habe überhaupt nur noch einige Fragen an den Angeklagten, Herr Vorsitzender.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Sie wurden von Hitler besonders ausgezeichnet, wie aus dem Dokument hervorgeht und wie Sie selbst ausgesagt haben. Insbesonde erhielten Sie am 22. November 1942 das Eiserne Kreuz für besonder Leistungen.

VORSITZENDER: General Raginsky, auch das alles haben wir gestern schon gehört, als Sir David das Kreuzverhör anstellte, oder in sei nem Hauptverhör; ich weiss nicht mehr welches. Ich glaube, es war im Hauptverhör. Jedenfalls wurden alle diese Auszeichnungen dem Angeklagten verliehen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Präsident, ich möchte nicht auf diese Orden und Auszeichnungen zurückkommen. Ich möchte den Angeklagten nur fragen, für welche besonderen Verdienste er das Eiserne Kreuz erhalten hat.

VORSITZENDER: Gut, das können Sie ihn fragen.

ZEUGE: Das kann ich leider nicht sagen, ich weiss nicht, was fü Verdienste ich gehabt haben soll. Die Verleihung dieses Verdienst- kreuzes erfolgte ganz generell an alle höheren Beamten, die damls im Dienste waren.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Jawohl, ich will nicht weiter darauf bestehen. Ich will nur

H0384 - 0018

feststellen, dass Sie im Jahre 1942 einen Orden bekamen, und zwar, nachdem der Massen-Terror im Protektorat eingeführt worden war.

A: Dass ich Massen-Terror gemacht haben soll, weiss ich nicht.

F: Wenn Sie nicht recht wissen, worum es sich da handelt, dann wollen wir diese Fragen fallenlassen.

Im Februar 1943, im Zusammenhang mit Ihrem Jubiläum, haben führende Zeitungen Artikel gebracht, die sich mit Ihren Verdiensten u mit Ihnen selbst befassen. Ich will diese Artikel nicht alle verlesen, ich möchte nur einige Auszüge aus einer Zeitung zitieren und zwar aus dem "Fränkischen Kurier" vom 2. Februar 1943. Man wird Ihnen ein Exemplar vorlegen.Bitte folgen Sie dem Text, den ich jetzt vorlesen werde.

Ich lege diese Zeitung dem Tribunal als Dokument USSR-495 vor. "Die markantesten aussenpolitischen Ereignisse nach der Machtübernahme, an denen Freiherr von Neurath als Reichsaussenminister massgeblich Anteil hatte, und mit denen sein Name für immer verbunden sein wird, sind das Verlassen der Abrüstungskonferenz in Genf am 14.1o.3 und der eine Woche später erfolgte Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Wiedereingliederung des Saargebietes, die Verkündung der Wehrhoheit des Deutschen Reiches und nach dem Abschluss d französisch-sowjetischen Militärpaktes, die Kündigung des Locarno-Vertrages. Im Jahre 1936 erfolgte der Vertrag mit Österreich und d grundlegende Änderung der Beziehungen des Reiches zu Japan und Italien.

Reichsminister, Reichsprotektor Freiherr von Neurath wurde vom Führer in Würdigung seiner hervorragenden Arbeit für Volk und Reich mehrfach ausgezeichnet. Er erhielt u.a. das Goldene Ehrenzeichen d Partei, wurde zum SS-Gruppenführer ernannt, ist Träger des Deutsch Adlerordens und des Goldenen Treudienstehrenzeichens für seine 4o-jährige diplomatische Tätigkeit. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Durchführung von Kriegsaufgaben verlieh ihm der Führer als Reichsprotektor von Böhmen und Mähren das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse."

Sind die Tatsachen in diesem Artikel korrekt aufgeführt?

H0384-0019

A: Wenn ich von jedem Artikel, der von irgend einem Journaliste geschrieben wird, die Richtigkeit nachprüfen wollte, so hätte ich viel zu tun gehabt. Was da drin steht, ist eine Ansicht eines Journalisten und nichts weiter.

VORSITZENDER: So lautete die Frage nicht, die Frage war, ob die Tatsachen in diesem Artikel korrekt aufgeführt sind; das können Sie beantworten.

A: Ja,--nein.

VORSITZENDER: Was meinen Sie, ja oder nein?

A: Die Auszeichnungen sind richtig angeführt, und sonst ist es nicht richtig.

GENERAL MAJOR RAGINSKY: Ich habe keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

VORSITZENDER: Herr Dr. von Lüdinghausen, wollen Sie noch einige Fragen stellen?

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, ich hatte gestern Nachmittag wohl nicht mit Unrecht, das Gefühl und den Eindruck, dass Herr von Neurath durch die vorausgegangenen Verhöre sichtlich angestrengt und müde war und dass er nicht mehr in der Lage war, im vollen Umfange den Fragen gerecht zu werden. Es ist dies nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, dass Herr von Neurath im 74. Lebensjahre steht und nebenbei noch ein leichtes Herzleiden hat. Ich sehe mich daher genötigt, zu einigen Punkten meines Kreuzverhörs noch einige Fragen an ihn zu stellen.

DURCH DR.V.LÜDINGHAUSEN:

F: Herr von Neurath, Sie haben gestern ausgesagt, Sie hätten wegen der Ausschreitungen der SA und anderer radikaler Kreise, 1933 und später bei Hitler protestiert. Was war der Grund dafür, dass Sie bei Hitler selbst vorstellig wurden und Ihre Bedenken nicht in den Kabinettsitzungen, die ja damals noch stattfanden, zum Ausdruck brachten?

A: Ich hatte damals ja schon die Erfahrung gemacht, dass Hitler keinerlei Widersprüche vertragen konnte und dass er für irgendwelche Einwände nicht zugänglich war, wenn dies in einem grösseren

H0384-0020

Kreis geschah, weil er dann immer den Komplex hatte, er stünde irge einer Opposition gegenüber, gegen die er sich zur Wehr setzen musst Anders war es, wenn man ihm allein gegenüberstand. Er war dann, jedenfalls in den ersten Jahren, vernünftigen Argumenten gegenüber, durchaus zugänglich und er erlaubte, dass viele radikale Massnahmen erleichtert wurden.

Im übrigen möchte ich noch erwähnen, dass gerade nach den aus de Affidavit des Herrn Geist erwähnten Ausschreitungen auch eine Kabinettsitzung stattgefunden hat, in der gemeinsam mit Nicht-Nazi-Ministern scharf gegen die Wiederholung solcher Erscheinungen protestiert worden war. Hitler ging damals durchaus auf solche Vorstellungen ein und erklärte, solche Ausschreitungen dürften sich nicht wiederholen. Er hielt dann auch eine Rede kurz danach, in der er entsprechende Zusicherungen öffentlich ausgesprochen hat. Es ist dann auch bis zum Juni 1934 keine Ausschreitung mehr vorgekommen.

F: Es ist aber dann im April 1933 doch zu dem bekannten Judenboy kott von 24 Stunden gekommen, wenn ich mich nicht irre?

A: Ja, das war eine der Aufforderungen von Herrn Göbbels. Es fa den aber tatsächlich Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten überhau nicht statt, sondern nur die Beschränkung auf den Boykott. Dass es im übrigen in diesem Falle zu weiteren Auseinandersetzungen nicht kam, war das Ergebnis einer Intervention, die ich damals gemeinschaftlich mit Herrn von Papen machte, bei Hindenburg speziell. Ei völlige zutreffende Darstellung dieses Vorfalles befindet sich, wie ich mich erinnere, in einem Artikel der "Time" von April 1933, die auch in meinem Dokumentenbuch enthalten ist.

DR.V.LÜDINGHAUSEN: Sie ist vorgelegt, Herr Präsident, in meinem Dokumentenbuch Nr. 9.

F: Im Zusammenhang mit den damals vorgekommenen Ereignissen, Ve haftungen usw. hat gestern Sir David besonders auf die Verhaftung des bekannten Schriftstellers Ossietsky hingewiesen. Ist Ihnen erinnerlich, dass dieser Ossietsky bereits vor der Machtübernahme vo einem Deutschen Gericht zu einer längeren Freiheitsstrafe verurte worden war?

H0384 - 0021

A: Ja, das ist mir nachträglich eingefallen. Ich entsinne mich, dass Herr Ossietsky bereits vor der Machtübernahme, ich weiss nicht unter welcher Regierung, von einem Reichsgericht wegen Landesverrat zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt wurde, eine Zuchthausstrafe, die er aber noch nicht abgesessen hatte, und deswegen wurde er wieder verhaftet.

F: Ich möchte nun noch eine Frage an Sie richten bezüglich des B richtes, der gestern von der Anklage unterbreitet worden ist. Es is der Brief des Ministerialdirektors Köpke vom 31. Mai 1934. Das ist GB-668-D-868 (?). Sehen Sie in diesem Bericht aus den von Herrn Köpke aufgezeichneten Mitteilungen einen Beweis für die Einschaltu des Auswärtigen Amtes in die Wühlarbeit der österreichischen Nazis?

A: Nein, keineswegs. Es handelt sich also um eine Meldung, die hier der Ministerialdirektor Köpke gemacht hat über einen Besuch de Herrn Wächter, den er als verantwortungsbewussten Österreicher bezeichnet. Dieser Herr Wächter hatte die Absicht, eine Verbindung mi dem Auswärtigen Amt herzustellen und Hitler auf die Gefahr hinzuwei sen, die sich aus dem anwachsenden Radikalismus der österreichisch Nazis ergaben. Der Direktor der politischen Abteilung, Herr Köpke, identifiziert sich selbst mit Herrn Wächter und sagte zu, in diesem Sinne Vortrag zu halten. Ich glaube nicht, dass man bezweifeln kan dass mein Standpunkt genau derselbe war wie der von Herrn Köpke, u ich habe diesen Bericht an Hitler, um diesen darauf aufmerksam zu machen, weitergeleitet.

F: Die Anklage, oder besser, Sir David, hat gestern auf Bericht hingewiesen, die sich mit der Behandlung des tschechischen Problem durch Sie und Frank befassen. Das ist Dokument Nr. 3859-PS, ein Brief, den Sie am 31. August 1940 zur Vorbereitung Ihres Vortrages bei Hitler an den Chef der Reichskanzlei, Lammers, gesandt haben. Waren diese Berichte, bezw. der von Frank verfasste Bericht, identisch mit der in dem Frederici-Bericht am 15. Oktober erwähnten Der schrift?

A: Ja, das sind offenbar dieselben Berichte.

F: Sie haben nun bei der Vernehmung zu dem Frederici-Bericht aus

H0384 - 0022

gesagt, das ginge zurück auf die SS, verschiedene Parteikreise und Gauleiter des Nieder-Donau-Gaues bezüglich einer Aussiedlung der Tschechen nach den Ostgebieten. Sie haben weiter gesagt, dass Sie, um diesen von Ihnen selbst als unsinnig bezeichneten Pläne vorzubeugen, Frank dieses Memorandum gesandt hätten, in dem eine weniger radikale Lösung vorgeschlagen war. Dies wurde dann tatsächlich später auch von Hitler in gewissem Umfange genehmigt. In Wirklichkeit geschah nichts von dem, was beabsichtigt war und die Idee der Einverleibung war praktisch begraben; ist das richtig?

A: Ja, das ist richtig. Diesen ganzen Vorgang und das Entstehen dieser Denkschriften zu erklären, ist äusserst schwierig. Verständlich ist sie nur aus der ganzen innenpolitischen Entwicklung. Die Bemühungen der umliegenden Gauleiter war sehr weit gediehen, das Protektoratsgebiet aufzuteilen. Sie hatten die Denkschriften eingereicht und dahinter stand Herr Himmler. Aus all diesen Denkschriften war eine radikale Lösung dieser Frage in Aussicht genommen, d. h., es war zu befürchten, dass Hitler den Wünschen dieser Gauleiter entsprechen würde. Um dem entgegenzutreten, musste ich einige Vorschläge machen, von denen ich selbst ja sagte, dass sie undurchführbar sind, und ich habe mich identifiziert zunächst damit, um sie nachträglich als Absurdum zu erklären. Ich selbst habe dieses Memorandum nicht verfasst, es ist auf meinem Büro gemacht worden, allerdings auf meine gegebenen Richtlinien hin. Es war aber, und das möchte ich hier nochmals besonders betonen, ein rein taktisches Manöver, um an Hitler heranzukommen, denn ich befürchtete, dass er den radikalen Vorschlägen Himmlers zustimmen würde. Erreicht habe ich tatsächlich, dass Hitler einen strikten Befehl herausgab, den ich verlangt hatte, dass alle diese Pläne nicht mehr erörtert werden dürften, sondern nur noch die sogenannte Assimilierung bestehen blieb, die aber erst in Jahren erfolgen konnte; und geschehen ist tatsächlich nichts mehr, und das war mein Ziel.

F: Steht nun die gestern von der Anklagebehörde vorgelegte Verfügung an die deutschen Behörden im Protektorat über die Behandlung des deutsch-tschechischen Problems, - das ist Dokument Nr. 3862 vo

H0384 - 0023

27. Juni 1941 - irgendwie im Zusammenhang mit diesen Denkschriften, bezw. dieser Unterredung und dieser Entscheidung Hitler's?

A: Ja, das hängt miteinander auf das engste zusammen, das habe ich, glaube ich, schon gesagt. Im Jahre darauf fingen auf einmal wieder ähnliche Agitationen an für eine solche Germanisierung und Aufteilung des Protektorates, und dagegen habe ich mich gewandt, und habe verboten, dass diese Frage, nachdem sie einmal entschieden ist, erörtert wird.

F: Aus einem gestern vorgelegten Schreiben, das ist USSR-487, des Chefs der Sicherheitspolizei an Staatssekretär Frank vom 21. Juli 1943, also nach Ihrem Ausscheiden, will die Anklage entnehmen, dass Sie bereits nach einem Erlass vom 5. Mai 1939 den SD-Führer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Prag als Ihren politischen Referenten eingesetzt haben. In welcher Form hat sich dieser in dieser Eigenschaft betätigt, hat er sich überhaupt betätigt?

A: Nein, eben nicht, es geht ja daraus hervor aus diesem Mahnschreiben von 21. Juli 1943, dass er überhaupt nie in Tätigkeit getreten ist.

GENERAL MAJOR RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich möchte bemerken. dass die Frage nicht richtigtgestellt ist. Es handelt sich um Dokumente nicht vom Jahre 1943 oder 1942. Es ist ein Dokument vom 21. Juli 1939.

ZEUGE: Darf ich dazu gleich bemerken, dass das ganz gleichgülti ist, es ist nichts geschehen, ich habe keinen politischen Referenten ernannt.

F: Welche Massnahmen waren nun auf die beiden gestern von der Anklage vorgelegten Vorschläge, unter Nr. 3851-PS und 3858-PS, von Abteilungen und Abteilungschefs Ihrer Behörde hinsichtlich des Arbeitseinsatzes, der durch die Schliessung der tschechischen Hochschulen beschäftigungslos gewordenen Studenten getroffen worden?

A: Ich habe gestern schon gesagt, dass es sich offenbar um einen Beschluss eines Referenten handelt, der überhaupt nicht bis zu mir gelangt ist, sondern vorher von meinem Unterstaatssekretär zurückgewiesen wurde. Wie ich für den Inhalt eines Referenten-Entwurfes

H0384 - 0024

verantwortlich gemacht werden soll, verstehe ich nicht.

F: Ich möchte nun noch eine Frage, die den deutsch-österreichischen Vertrag vom 11. Juli 1936 betrifft, an Sie richten. Ist es richtig, dass Sie auch in den bereits von der Anklage früher vorgelegten Bericht des Dr. Reiner an Bürckel, - es ist Dokument 812-PS - erwähnten, dass Hitler unmittelbar nach dem Abschluss dieses Vertrages persönlich Dr. Reiner und dem österreichischen Naziführer Globicnik erklärt haben, dass dieser Vertrag vom 11. Juli 1936 von ihm durchaus ehrlich und aufrichtig abgeschlossen worden ist, und dass auch die österreichischen Nationalsozialisten sich unter allen Umständen strengstens an diesen Vertrag halten, und sich nach ihm in ihrem Benehmen gegenüber der österreichischen Regierung richten müssten?

H0384-0025

A. Ja, das ist richtig, und ich glaube auch mich zu erinnern, dass ich das gestern schon gesagt habe, dass Raeiner hier auf dem Zeugenstand ausgesagt hat.

F. Ich möchte nun, das ist meine letzte Frage - -

VORSITZENDER: Dr. Lüdinghausen, der Angeklagte hat diese Fragen von seinem Gesichtspunkt ganz klar beantwortet, und zwar schon gestern.

DR VON L DINGHAUSEN: Ja, ich auchschon fertig. Ichmöchte nur noch eine Frage, als Abschluss des Gesamt-Verhörs meines Klienten, an ihn richten. Die Anklage, und auch Sir David gestern, hat Ihnen zum Vorwurf gemacht, dass Sie, obwohl Sie mit den Angaben, mit dem Naziregime und seinen Methoden nicht einverstanden waren und vieles was geschah, für verwerflich hielten und verabscheuten, nicht Ihren Abschied genommen haben, sondern weiter in der Regierung geblieben sind. Wollen Sie sich bitte nochmals dazu äussern?

A. Ich habe ja gleich Anfangs erwähnt, dass ich Hindenburg das Versprechen abgegeben habe, in die Regierung einzutreten und dort zu bleiben, solange, als es mir irgend möglich sein werde, einen jeder Gewaltanwendung abholden Kurs beizubehalten und Deutschland vor kriegerischen Verwicklungen zu bewahren. Das war mein Auftrag und kein anderer. Aber nicht nur dieses Hindenburg gegebene Versprechen, sondern zum anderen auch meine Pflicht und mein Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem deutschen Volk solange, als irgend möglich, es vor kriegerischen Verwicklungen zu bewahren, band mich an dieses Amt. Daneben mussten all meine persönlichen Wünsche , die ganz andere waren, zurückstehen. Mein Macht und mein Einfluss als Aussenminister ging leider nicht soweit , dass ich auf einem anderen Gebiete, wie zum Beispiel der Innenpolitik , unheilvolle und unmoralische Handlungen verhindern konnte; trotzdem ich es in vielen Fällen versucht habe, nicht zuletzt gerade in der Judenfrage. Ich hielt es aber für meine oberste Pflicht, meine Aufgaben zu erfüllen und mich diesen nicht zu entziehen, wenn auch auf anderem Gebiete, auf denen ich

keinen Einfluss hatte, Dinge geschahen, die mich und meine Anschauung aufs Tiefste verletzten. Es mag vile Leute geben, die einen anderen Auffassungssinn und eine andere Einstellung haben, als ich. Ähnliche Angriffe habe ich erlebt, als ich mich seinerzeit im Jahre 1919 einem sozialdemokratischen Kabinett zur Verfügung stellte; auch da wurden mir die heftigsten Angriffe, die heftigsten Vorwürfe zuteil.

F. Sie haben doch selbst schwer gerungen mit sich. Das haben Sie mir doch öfter erzählt?

A. Ja, es ist selbstverständlich. Es ist nicht leicht einer Regierung anzugehören, mit deren Tendenzen man nicht einverstanden ist und für die man nachher verantwortlich gemacht werden soll.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, damit ist meine Vernehmung beendet. Ich darf vorschlagen, jetzt eine Pause zu machen, und dann die Vernehmung meiner Zeugen beginnen zu dürfen.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich jetzt zurückziehen.

(Pause.)

VORSITZENDER: Dr. Horn, Sie haben einige Fragezu stellen?

DR HORN: Ich bitte um die Erlaubnis, dass mein Mandant, heute Nachmittag und Morgen von der Sitzung fernbleiben darf, weil ich wichtige Fragen mit ihm zu besprechen haben.

VORSITZENDER: Das ist der Angeklagte von RibbentroP?

Dr. Horn: Ja, von Ribbentrop.

VORSITZENDER: Ja, natürlich.

DR HORN: Danke schön.

DR THOMA: (Veteidiger für den Angeklagten Rosenberg) Herr Präsident, in der gestriegen Nachmittagssitzung hat Oberst Raginsky gefragt, ob Rosenberg sich in Neurath's Aussenpolitik eingemischt hätte. Die Dolmetscherin hat mir eben erklärt, dass sie falsch übersetzt hätte. Sie hat übersetzt "ob Ribbentrop sich in Neurath's Politik eingemischt hat". Diese Frage ist also nicht beantwortet. Ich bitte deshalb, den Herrn Baron von Neurath fra-

gen zu dürfen, ob Rosenberg sich in Neurath's Politik eingemischt hat.

ZEUGE: Nein, keineswegs. Ich habe mit Rosenberg über aussenpolitische Dinge nie gesprochen.

DR THOMA: Ausserdem bitte ich das Protokoll entsprechend zu berichtigen. Es darf also nicht heissen, dass "Ribbentrop sich in die Politik von Neurath eingemischt hat" sondern "ob Rosenberg sich in die Politik Neurath's eingemischt hat."

VORSITZENDER: Jawohl, das Protokoll wird abgeändert.

Verhör durch Mr. Biddle:

F: Ich will nur einige Fragen an Sie richten. Sie werden sich erinnern, dass die Baronin von Ritter sagte, dass Sie nach dem 5. November 1937 erkannten - ich will es Ihnen genau vorlesen' " Als Herr von Neurath zum ersten Male aus Hitlers Aussagen erkennen musste, am 5. November 1937, dass der letztere seine politischen Ziele erreichen wollte, indem er Gewalt gegen die Nachbarländer anwenden wollte, hat ihn das seelisch so erschüttert, dass er verschiedenemale schwere Herzattacken erlitt."

A. (bejahendes Kopfnicken)

F. Sie haben ausgesagt, dass Sie General Beck und General von Fritsch sofort nach dieser Konferenz sprachen. Erinnern Sie sich?

A. Ja.

F. Ich glaube, dass Sie auch zur Sir David sagten, dass Sie nicht mit dem Angeklagten Göring gesprochen haben. Ich will Sie nun fragen, haben Sie zu irgend jemand anderen während der nächsten 2 oder 3 Monate über das gesprochen, was Hitler sagte. Sprachen Sie mit irgend jemanden im Auswärtigen Amt?

A. Mit meinem Staatssekretär habe ich gesprochen.

F. Und mit wem haben Sie noch gesprochen vom Auswärtigen Amt?

A. Mit niemanden, denn es war die Bedingung gemacht an sich von Hitler, dassüber diese ganzen Sitzungen Stillschweigen gewahrt bleiben solle, und deshalb habe ich mit meine Beamten nich gesprochen. Sie wussten auch nichts, sie hatten auch von den

H0384 - 0028

Militärs nichts erfahren.

F. Sprachen Sie mit dem Angeklagten von Papen, als Sie ihn dann sahen?

A. Nein, ich glaube, ich habe ihn damals nicht gesehen.

F. Sie haben mit niemanden darüber gesprochen vor Ihrem Rücktritt?

A. Nein.

F. Nun noch eine Frage. Sie haben doch erkannt, dass Himmler Methoden anwenden würde, die Sie nicht billigen würden, nicht wahr?

A. Ja, aber erst allmählich, das war von Anfang an nicht vorauszusehen.

F. Das will ich ja gerade wissen. Wann haben Sie sich zum erstenmal das vergegenwärtigt? Wann haben Sie zum ersten Mal erkannt, was für eine Art von Mensch Himmler war?

A. Es war an sich sehr schwer zu erkennen, denn Himmler hatte zwei Gesichter, es war der reinste Januskopf, man konnte sein wahres Gesicht überhaupt nicht erkennen.

F. Ich interessiere mich nicht, wie er war. Erinnern Sie sich, einmal mussten Sie das doch eingesehen haben?
Wussten Sie es im Jahre 1937? Wussten Sie es im Jahre 1938, bestimmt in 1938, nicht wahr?

A. 1938 wohl; es ist mir also sehr schwer im Moment ein Datum zu sagen. Ich will kein genaues Datum nennen.

F. Ich brauche keine genauen Daten, ich halte Ihnen vor, dass Sie es wussten, bevor Sie ins Protektorat gingen. Sie wussten, was Himmler war, bevor Sie ins Protektorat gingen. Darüber besteht doch keine Frage?

A. Ja, gewisse.

DAS GERICHT (MR JUSTICE BIDDLE): Danke schön, das ist alles.

DURCH DAS GERICHT: (GENERAL NIKITCHENKO):

F. Angeklagter, bitte sagen Sie uns, haben Sie sich jemals gegen die Politik der Hitlerregierung ausgedrückt?

H0384 - 0029

A. Die Übersetzung ist leider nicht gut gewesen.

F. In Ihren Erklärungen vor diesem Gericht haben Sie gesagt, dass Sie mit der Politik der Hitlerregierung nicht einverstanden waren; weder in einzelnen Fragen noch im allgemeinen einverstanden waren. Ist das richtig?

A. Ja.

F. Sind Sie jemals offen gegen die Politik der Hitlerregierung aufgetreten mit einer Erklärung, dass Sie als Mitglied mit der Politik der Hitlerregierung nicht einverstanden gewesen sind.

A. Das habe ich mehr als einmal getan.

F. Wie haben Sie es getan, in welcher Weise? Ich frage Sie, ob Sie jemals offen aufgetreten sind in der Presse oder in irgend einer Versammlung?

A. Nein, weder in der Presse aufzutreten oder eine Versammlung abzuhalten, war überhaupt nicht mehr möglich. Das war ganz ausgeschlossen. Ich konnte nur Hitler persönlich bezw. anfangs noch im Kabinett gegen diese Politik Front machen. Pressefreiheit gabd es nicht mehr, ebensowenig wie in Russland, ebensowenig war keine Versammlungsmöglichkeit. Deswegen - -

F. Ich frage Sie nicht über Russland, sondern über Ihr öffentliches Auftreten. Also es gab kein solches Auftreten?

A. Nein.

F. Und auf diese Weise konnte in Deutschland niemand wissen und wusste niemand , dass Sie mit der Politik von Hitler nicht einverstanden waren?

A. Da habe ich unmissverständlich immer darüber geäussert, aber nicht durch Artikel und auch nicht durch Versammlungen, aber sonst habe ich immer das deutlich zum Ausdruck gebracht.

F. Ja, aber nur in Ihrem Alleinsein mit Hitler nur persönlich mit Hitler, Sie haben es nur persönlich Hitler gesagt?

A. Nein, ich sage Ihnen, ich habe das jedem, der es hören wollte gesagt, ich kann es nicht verleugnen, ich habe es aber nie nicht in Artikeln machen können.

H0384 - 0030

F. Sie blieben in der Regierung trotzdem Sie nicht mit der Politik der Regierung einverstanden waran, stimmt das?

A. Ja, gerade deswegen.

F. Um dieser Politik entgegenzuarbeiten?

A. Ja.

F. Sind Ihnen Ergebnisse dieses Entgegenarbeits bekannt geworden?

A. Das habe ich nicht verstanden.

F. Was waren die Resultate, die Ergebnisse Ihres Widerstandes der Politik der Hitlerregierung?

A. Ja, das im einzelnen aufzuführen bin ich in der Lage.

F. Und insbesondere z.B. in der Frage der Aggression. Sie waren gegen den Anschluss an Österreich?

A. Jawohl.

F. Die deutsche Regierung hat trotzdem den Anschluss vollzogen nicht wahr?

A. Ich glaube, es ist hier deutlich zum Ausdruck gekommen, dass Hitler im letzten Moment das gemacht hat.?

F. Sie waren gegen die Ergreifung der Tschechoslowakei?

A. Ja.

F. Die deutsche Regierung hat sich trotzdem der Tschechoslowakei bemächtigt?

A. Ich war damals gar nicht mehr Mitglied der Regierung.

F. Aber Sie als ein Politiker, als ein Mann, dessen Meinung berücksichtigt werden musste, den man respektiert hat, haben Ihre Meinung dagegen ausgesprochen, nicht wahr?

A. Immer.

F. Sie waren gegen den Überfall auf Polen, nicht wahr?

A. Ja.

F. Und trotzdem hat Deutschland Polen überfallen?

A. Ich wiederhole, ich war nicht mehr Mitglied der Regierung. Ich habe das auch erst im letzten Moment erfahren.

F. Ja, das ist bekannt. Sie waren gegen den Überfall auf die Sowjet-Union?

H0384-0031

A. Erst recht, ich wollte genau das Gegenteil immer, ich wollt ein Zusammengehen mit der Sowjet-Union, das habe ich schon im Jahre 19 - -

F. Und Deutschland hat die Sowjet-Union überfallen?

A. Jawohl.

F. Ihren Erklärungen nach musste Hitler wissen, wie Sie politisch dagegen eingestellt gewesen sind, er wusste von Ihrer oppositionellen Einstellung, er hat sie gekannt, er wusst dass Sie mit seiner Politik nicht einverstanden waren.

A. Das wusst e er, ganz genau, denn ich habe meinen Abschied deswegen im Jahre 1938 genommen.

F. Ist Ihnen bekannt, wie sich Hitler seiner politischen Gegn entledigte?

A. Im Reich, ja.

F. Und in wie weit es Sie selbst betrifft, trotz der Tatsache. dass Sie zur Opposition gehörten, ereignete sich nichts?

A. Ich verstehe nicht.

F. Und trotzdem Sie sich als einen, der sich als in der Opposition befindlich betrachtet, hat sich nichts derartiges ereignet?

A. Nein, ich habe aber immer damit gerechnet.

F. Könnten Sie mir sagen, ob Sir Neville Henderson in seinem Buch "The Failure of a Mission", die Tatsachen die er über Sie erwähnt hat, richtig oder unrichtig dargestellt hat. Glauben Sie, dass Henderson richtig die Tatsachen darlegte, die Sie persönlich angehen?

A. Ich muss offen gestehen, ich habe dieses Buch von Henderson einmal vor drei oder vier Jahren gelsen. Ich kann mich nicht entsinnen, was erüber mich alles geschrieben hat. Ich habe hier ein paarmal Auszüge gehört, ich kann aber nicht sagen, was er über mich schreibt.

F. Sie behaupten doch, dass Ihnen die Auszüge bekannt sind, die Ihr Verteidiger in seinem Dokumentenbuch Ihnen vorgelegt hat Diese Auszüge sind Ihnen bekannt, nicht wahr?

H0384 - 0032

A. Das nehme ich an, ja.

F. Das ist also richtig, auch das, was er über Ihre Parteizugehörigkeit schreibt, nicht wahr? Er schreibt, "Baron von Neurath selbst, der ja in dem Regime von Hindenburg verblieb, nicht ein Mitglied der Nazi-Partei war, " das ist richtig?

A. Ja, das glaube habe ich in den letzten Tagen wiederholt gesagt.

F. Und ferner teilte er uns mit, "er, (Neurath) ist Mitglied der Partei erst später geworden."

A. Wie das zugegangen ist, habe ich schon ausgesagt. Im Jahre 1937 bekam ich das Goldene Parteiabzeichen ohne mein - - -

F. Jawohl, das haben wir schon gehört. Ist es richtig, dass Sie später Mitglied der Partei geworden sind, wie Sir Henderson sagt?

A. Nein, ich bin - - -

F. Also dieser Teil ist nicht richtig.

A. Ich habe das Goldene Parteiabzeichen bekommen mit der Bemerkung Hitlers, dass damit keine Verpflichtung gegenüber der Partei begründet wird.

F. Wir haben es so gehört, dass in der Darstellung von Sir Neville Henderson nichts richtig dargestellt ist, was sich auf Ihre Persönlichkeit bezieht?

A. Ich weiss es nicht, ich kann mich mit dem besten Willen nicht erinnern, was Sir Neville Henderson über meine Person geschrieben hat.

F. Ich habe noch eine letzte Frage in Bezug Ihres Memorandums. Ich habe nicht ganz verstanden, was Sie mit der Erklärung an Sir Neville Henderson und später an Ihren eigenen Verteidiger sagten. Indem ich nun das Memorandum Franks vorlge, ersehen wir, dass Sie in dem Brief an Lammers schrieben, dass Sie dieses Memorandum für ganz richtig hatlen.

A. Ja, ganz richtig, ich will Ihnen auch die Gründe sagen. Die Memorandum - -

H0384-0033

F. - - Sie haben die Gründe bereits dargelegt, ichmöchte feststellen, dass Sie tatsächlich dies geschrieben haben.

A. Ich habe den Grund, warum ich an Lammers geschrieben habe, nicht gesagt. Der Grund, warum ich an Lammers geschrieben habe in diesem Sinne war der, dass er ja derjenige war, der dieses Memorandum dem Führer vorgetragen hat. Ich kann nur in demselben Sinne schreiben.

DURCH DEN VORSITZENDER:

F. Es sind zwei Themen, über die ich Sie befragen will. Das erste bezieht sich auf den Brief, den Sie vom 31. 8. 40 geschrieben haben. Das ist der Brief, auf den sich gerade General Nikitchenke bezogen hat. Sie erinnern sich doch an diesen Brief und Sie erinnern sich auch, dass Sie in diesem Brief sagen, dass Sie mit der Denkschrift vollkommen in Einklang standen, die Ihr Staatssekretär Frank unabhängig von Ihnen entworfen hatte. In dieser Denkschrift des Angeklagten Frank sagt er, dass die Germanisierung , die Änderung der Nationalitäten der rassisch geeigneten Tschechen vorsieht und zweitens die Ausstossung von rassisch unassimilierbaren Tschechen und der Intelligenzschicht, die ja dem Reich feindlich gegenübersteht oder eine Sonderbehandlung von solchen und allen anderen unerwünschten Elementen.

Meine Fr ge ist nun: Was verstehen Sie unter "Sonderbehandlung"

A. Ja, soweit ich diesen Auszug überhaupt damals gelesen habe, ist jedenfalls von mir in keiner Weise daran gedacht worden. Der Begriff "Sonderbehandlung" hat sich überhaupt erst in dem Prozess herausgebildet. Ich war ja mit dieser ganzen Einstellung von Frank und wie sie in dem Bericht enthalten war überhaupt nicht einverstanden und habe nur die Absicht gehabt, diese ganze Sache zu Fall zu bringen, um sie auf das tote Geleise zu schieben. Also der Inhalt dieser Berichte war nur darauf abgestellt in Hitlers Sprache oder in der Sprache von Himmler und anderen Leuten, das Hitler vorzutragen um ihn nachher von dem abzubring

H0384 - 0034

F. War es nicht irreführend, an Dr. Lammers zu schreiben dass man es Hitler so vortragen sollte in dem man sagt, dass Sie vollständig mit der Denkschrift in Einklag standen, mit der Sie aber doch nicht einverstanden waren?

A. Herr Präsident, so wie die Dinge lagen, konnte ich nicht an Lammers schreiben. Alles was drin steht, beabsichtigte ich nicht durchzuführen, sondern ich musste doch Lammers, der das Hitler vortrug, zunächst einmal sagen, ich bin mit dem einverstanden. Ich habe nachher ja durch eine persönliche Besprechung in der hier zur Sprache gebrachten Sitzung mit Frank und Gürtner mich bei Hitler melden lassen und habe ihm Aufklärung gegeben.

F. Dann ist die Antwort dahingehend, dass Sie nicht wussten, was was mit "Sonderbehandlung" gemeint war?

A. Nein, das habe ich jedenfalls damals nicht gewusst.

F. Noch eine Frage, die ich Ihnen vorlegen will. Sie erinnern sich, dass, als Sie am 11.3.38 gerufen wurden zur Zeit des Anschlusses an Österreich, Sie den Brief vom 12.3.38 schrieben als Antwort auf die Denkschrift, die Sie von der britischen Regierung durch Sir Neville Henderson empfangen hatte. Sie kannten doch Henderson sehr gut,nicht wahr?

F. In diesem Brief sagen Sie folgendes:

" Es ist nicht wahr, dass das Reich Druck angewandt hat, diese Entwicklung herbeizuführen. Insbesondere ist die Behauptung, die später von dem ehemaligen Reichskanzler verbreitet wurde, dass die deutsche Regierung dem Bundespräsidenten ein bedingtes Ultimatum gestellt habe, reine Erfindung. Nach diesem Ultimatum müsste er einen vorgeschlagenen Kandidaten als Kanzler aufstellen und ein Kabinett bilden gemäss der Vorschläge der deutschen Regierung sonst würde der Einmarsch in Österreich von deutschen Truppen zu erwarten sein!

Und dann fahren Sie fort zu sagen, was Sie als Wahrheit in dieser Sache darstellen. Sie wissen doch jetzt, dass Ihre Aussagen in diesem Brief vollständig unwahr waren?

A. Das ist nicht durchgekommen.

H0384 – 0035

F. Haben Sie irgendeinen Teil der Frage gehört, die ich Ihnen vorgelegt habe?

A. Leider nein.

F. Es ist schade, dass Sie nicht schon vorher uns darauf aufmerksam gemacht haben. Sie erinnern sich doch des 11.4.38 und al Sie gerufen wurden das Aussenamt zu vertreten und Sie haben eben gesagt, dass Sie Henderson sehr gut kannten. Sie erinnern sich des Briefes, den Sie am 12. 3. 38 geschrieben haben. Sie haben Sir david zugegeben, dass Sie in diesem Brief die Unwahrheit gesagt haben?

A. Unrichtig jawohl, nicht ganz, es ist unrichtig dargestellt,

F. Welche Schritte haben Sie unternommen ausfindig zu machen, ob Sie wahr waren oder nicht?

A. Ich habe die Unrichtigkeit dieser Darstellung ja erst viel später erfahren.

F. Das ist keine Antwort auf meine Frage. Welche Schritte haben Sie unternommen ausfindig zu machen , ob die Aussagen richtig waren,?

A. Ich habe die Darstellung, die mir Hitler gegeben hat, zunächst einfach als richtig vorausgesetzt. Ich konnte sie ja gar nicht nachkontrollieren.

F. Warum sollten Sie annehmen, dass sie wahr seien, wenn sie in direktem Widerspruch standen zu dem, was die britische Regierung erklärt hatte?

A. Ich hatte ja keine andere Kenntnis von den Dingen, die vorgefallen waren und konnte also nur das sagen, was ich wusste.

H0384 - 0036

Gen. Nikitschenko: Sie hatten doch einen Protest von der britischen Regierung i Haenden ?

v. Neurath: Ja.

F: Und Sie kannten doch auch Sir Neville Henderson sehr gut, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Und dann haben Sie diesen Brief geschrieben, der die Erklaerungen widerlegte, die fuer die britische Regierung gemacht worden waren. Das stimmt doch, nicht wahr Und Sie haben keine Schritte unternommen, herauszufinden, ob die Tatsachen, die vor Hitler gesagt worden waren, der Wahrheit entsprochen haben ? Wollen Sie das bitte beantworten ?

A: Jawohl, wie sollte ich denn das machen. Ich hatte ja niemand anders, der darueber Bescheid wusste. Es war nur das, was mir Hitler aufgetragen hatte, dem Auswaertigen Amt mitzuteilen. Der Entwurf dieser Note ist vom Auswaertigen Amt gemacht worden nach den Mitteilungen, die ich von Hitler bekommen hatte. Ich hatte keine andere Moeglichkeit, dies aufzuklaeren.

F: Da waren doch noch so viele andere Leute, die mit der Sache zu tun hatten, mit denen Sie sich in Verbindung haetten setzen koennen. Aber Sie sagen, dass Sie nichts unternahmen.

A: Ich kann nur wiederholen, dass ich ha keine Moeglichkeit hatte, mir irgend eine andere Information zu beschaffen. Ich wusste auch niemanden darum ausser Hitler.

F: Wollen Sie dem Gericht sagen, dass auch Goering nichts davon wusste ?

A: Goering hat vielleicht darueber gewusst.

Vorsitzender: Das ist alles.

Der Angeklagte kann sich auf die Anklagebank zurueckziehen.

Dr.v.Luedinghausen: Ich darf um die Erlaubnis bitten, als Zeugen den fruheren Ministerialdirigenten und Leiter der Politischen Abteilung im Aussenministerium Dr. Koepke aus dem Zeugenstand zu rufen.

Vorsitzender: Geben Sie Ihren vollen Namen bitte an.

A: Gerhard Koepke.

Vorsitzender: Wollen Sie mir diesen Eid nachsprechen:

"Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde."

Der Zeuge spricht den Eid nach.

H0384 - 0037

Gen. Nikitschenko: Sie hatten doch einen Protest von der britischen Regierung i Haenden ?

v. Neurath: Ja.

F: Und Sie kannten doch auch Sir Neville Henderson sehr gut, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Und dann haben Sie diesen Brief geschrieben, der die Erklaerungen widerlegte, die fuer die britische Regierung gemacht worden waren. Das stimmt doch, nicht wahr Und Sie haben keine Schritte unternommen, herauszufinden, ob die Tatsachen, die vor Hitler gesagt worden waren, der Wahrheit entsprochen haben ? Wollen Sie das bitte beantworten ?

A: Jawohl, wie sollte ich denn das machen. Ich hatte ja niemand anders, der darueber Bescheid wusste. Es war nur das, was mir Hitler aufgetragen hatte, dem Auswaertigen Amt mitzuteilen. Der Entwurf dieser Note ist vom Auswaertigen Amt gemacht worden nach den Mitteilungen, die ich von Hitler bekommen hatte. Ich hatte keine andere Moeglichkeit, dies aufzuklaeren.

F: Da waren doch noch so viele andere Leute, die mit der Sache zu tun hatten, mit denen Sie sich in Verbindung haetten setzen koennen. Aber Sie sagen, dass Sie nichts unternahmen.

A: Ich kann nur wiederholen, dass ich ha keine Moeglichkeit hatte, mir irgend eine andere Information zu beschaffen. Ich wusste auch niemanden darum ausser Hitler.

F: Wollen Sie dem Gericht sagen, dass auch Goering nichts davon wusste ?

A: Goering hat vielleicht darueber gewusst.

Vorsitzender: Das ist alles.

Der Angeklagte kann sich auf die Anklagebank zurueckziehen.

Dr.v.Luedinghausen: Ich darf um die Erlaubnis bitten, als Zeugen den frueheren Ministerialdirigenten und Leiter der Politischen Abteilung im Aussenministerium Dr. Koepke aus dem Zeugenstand zu rufen.

Vorsitzender: Geben Sie Ihren vollen Namen bitte an.

A: Gerhard Koepke.

Vorsitzender: Wollen Sie mir diesen Eid nachsprechen:

"Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde."

Der Zeuge spricht den Eid nach.

H0384 – 0038

Sie koennen sich setzen.

Vernehmung durch Dr. v. Luedinghausen:

F: Herr Dr., seit wann kennen Sie Herrn von Neurath ?

A: Ich kenne Herrn von Neurath seit ueber 40 Jahren. Seine Laufbahn ist bekannt. Ich kann mich daher darauf beschraenken, anzugeben, dass wir als Vizekonsul in London, als Legationsraete im Auswaertigen Amt und spaeter, nach Antritt des Ministeriums durch Neurath im Jahre 1932, bis zu meinem Ausscheiden im Jahre 1935 zusammengearbeitet haben. In der Zwischenzeit, von Neurath war in Kopenhagen, Rom, London, dann einige Zeit in seiner Heimat und schliesslich im Prafta, haben wir uns nur gelegentlich meiner Anwesenheit in Berlin gesehen und einen verhaeltnismaessig regen Briefwechsel miteinander als alte Freunde gepflogen. Ich selbst war in der ganzen Zeit im Auswaertigen Amt taetig und war dort seit 1921 Direktor der Rechtsabteilung und von 1932 ab Direktor der politischen sogenannten Westabteilung, die ich bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienst geleitet habe. Den Abschied habe ich freiwillig erbeten, Ende 1935.

F: Was wissen Sie nun ueber die Einstellung, die Grundeinstellung des Herrn von Neurath zur Innen- und Aussenpolitik, aber nur in ganz grossen Zuegen.

A: Innenpolitisch stand Neurath den konservativen Kreisen nahe, ist aber neimals Mitglied der konservativen Partei geworden. Aus dieser konservativen Grundeinstellung heraus und auch wegen seiner hervorstechenden Charaktereigenschaften, Pflicht Treue und Zuverlaessigkeit hat er das Vertrauen des Reichspraesidenten von Hindenburg gewonnen und auch bis zu dessen Tod ununterbrochen behalten. Von Hindenburg schaetzte Neurath ebenso als besonnenen, massvollen, zuverlaessigen Diplomaten, Uebrigens standen auch Maenner anderer Parteirichtungen Neurath vertrauensvoll gegenueber. Ich erwaehne nur den verstorbenen Reichspraesidenten Ebert, der seinerzeit Neurath in das Amt zurueckgeholt hat.

F: Was wissen Sie ueber die Berufung von Neurath zum Reichsaussenminister im Sommer 1932 ?

A: Die Berufung von Neuraths zum Reichsaussenminister beruhte auf einem persoenlichen Wunsch des Reichspraesidenten von Hindenburg. Neurath ist nicht Aussenminister im Rahmen des Kabinetts von Papen geworden, sondern wurde und war es als besonderer Vertrauensmann des Reichspraesidenten von Hindenburg.

F: Wie kam es nun zu einem Verbleiben Neuraths als Aussenminister auch in der neuen Regierung Hitlers ?

A: An den Verhandlungen mit Hitler ueber die Machtuebernahme ist Neurath meines Wissens nicht beteiligt gewesen. Er lag, wenn ich mich auf mein Gedaechtnis verlassen kann, an den massgebenden Tagen mit einer Herzneurose krank im Bett. Er blieb aber Aussenminister, wiederum auf besonderen Wunsch von Hindenburg.

F: Koennen Sie uns irgendetwas sagen ueber die Einstellung, das Verhaeltnis Neuraths zu Hitler ?

A: Einleitend moechte ich bemerken, dass ich als Zeuge aus eigener unmittelbarer Beobachtung hierueber nichts aussagen kann. Ich war niemals bei Besprechungen, die Neurath mit Hitler hatte, zugegen. Ich selbst habe mit Hitler ueberhaupt niemals ei dienstliches Gespraech gefuehrt. Aber nach Neuraths eigener Schilderung und nach den Mitteilungen, die ich von anderen massgeblichen Persoenlichkeiten im Laufe der Zeit erhalten habe, hatte ich den Eindruck, dass Hitler, vor allen in den ersten Jahren, Neurath klaeglich behandelte. Inwieweit dabei die Ruecksicht auf den Reichspraesidenten mitgespielt hat, dessen Vorliebe fuer Neurath Hitler natuerlich bekannt war, weiss ich nicht anzugeben. Jedenfalls ist Neurath niemals ausgesprochener Vertrauensmann Hitlers gewesen und gehoerte auch nicht zu den engen, sich um Hitler persoenlich scharenden Kreisen der Parteigewaltigen. Nach dem Tode des Reichspraesidenten Hindenburg ist Neurath geblieben, weil der dem Reichspraesidenten das Versprechen gegeben hatte, dies zu tun. Neurath hat dann auch in der Folgezeit immer wieder seinen massgebenden und beruhigenden Einfluss gegenueber der Partei zur Geltung zu bringen versucht. Nun ist aber bekannt, dass, als sich Enttaeuschungen und Meinungsverschiedenheiten haeuften, Neurath mehrfach versucht hat, sich von Hitler zu trennen. Mir sind in dieser Beziehung zwei Abschiedsgesuche in Erinnerung, vonedenen er mir eines gezeigt hat. Es war schriftlich und muss noch vom Anfang des Jahres 1936 datiert gewesen sein. Dann ich war damals bereits verabschiedet und besuchte Neurath rein freundschaftlich und privat.

F: Koennen Sie uns nun auch ein ganz kurzes Bild geben ueber die Einstellung Neuraths zur nationalsozialistischen Partei ?

A: Von Neurath stand der Partei und besonders den laufenden Maennern zunaechst abwartend gegenueber. Meines Wissens war ihm, der ja die laengste Zeit im Ausland gelebt hatte, kaum einer dieser Herren naeher persoenlich bekannt. Neurath war davon ueberzeugt, dass es ihm aufgrund seiner langjaehrigen Erfahrungen als alter Diplomat und gestuetzt auf seine Vertrauensstellung beim Reichspraesidenten, gelingen wird und dessen massgebenden Einfluss, im Sinne seiner auf Ausgleich und Vdrstaen-

H0384 - 0039

H0384 - 0040

digung gerichteten Politik zu wirken. Neurath hat sich dabei mir gegenueber, und ich glaube, auch anderen Kollegen gegenueber, haeufig auf seine Erfahrungen berufen, die er in dieser Beziehung in Rom mit dem Faschismus gemacht hatte. Er aeusserte sich gelegentlich in dem Sinne, man muesse solche revolutionaeren Elemente sich ruhig entwickeln lassen, die Heissporne kaemen dann von selbst zur Besinnung und Vernunft, wenn man ihnen nur Zeit und Gelegenheit gaebe, an verantwortungsvollen Stellen selber Erfahrungen zu sammeln. Uebrigens teilte Neurath damit auch die Ansicht des damaligen Staatssekretaers von Buelow. Er hat diesen Staatssekretaer des Reichskanzlers Bruening behalten und bis zu dessen Tod auch gegen wiederholte Versuche der Partei, ihn auszubooten, beibehalten. Uebrigens moechte ich hier ein kleines, fuer uns im Amt damals sehr wertvolles Detail erwaehnen. Als der allgemein beliebte Staatssekretaer von Buelow ploetzlich starb, hat es Neurath durchgesetzt, dass an der Trauerfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gedaechtniskirche Hitler persoenlich teilnahm. Die alte Beamtenschaft des Auswaertigen Amtes erblickte darin erfreut und beruhigt ein gutes Zeichen fuer die starke Stellung unseres Ministers gegenueber der Partei. Dieses an sich vielleicht nebensaechliche Ereignis fand genau vor 10 Jahren statt.

F: Als Leiter der Politischen Abteilung des Auswaertigen Amtes waren Sie doch einer der ersten Mitarbeiter von Neuraths und koennen uns sicherlich sagen, von welcher Grundtendenz Neuraths Aussenpolitik beherrscht war ?

A: Neuraths politische Gesamteinstell ung war nach seinem ganzen Charakter und seiner langjaehrigen Erfahrung dem politischen Geschaeft entsprechend eingerichtet auf Ausgleich, Abwartung, Verhandlung. Ultimative Schritte und Gewaltloesungen lagen Neurath schon seinem Wesen nach nicht. Neurath war weder ein Spieler noch eine Kaempfernatur.

F: Ich komme nun zu einigen wichtigen aussenpolitischen Begebenheiten, die sich waehrend Ihrer Zeit, in der Sie unter Neurath Leiter der Politischen Abteilung waren, abgespielt haben. Im Oktober 1933 erfolgte der Austritt Deutschlands aus der Abruestungskonferenz und aus dem Voelkerbund. Ich moechte Ihnen hierzu nun die Frage vorlegen, ob diesem Austritt aus Konferenz und Voelkerbund, ob diesem Austritt irgendwelche aggressive oder kriegerische Tendenzen fuer den Moment oder fuer die Zukunft zugrunde lag ?

A: Nein. Soweit sich das Bild bei den vom Verteidiger erwaehnten Ereignissen fuer uns, die Sachbearbeiter, darstellt, war es Folgendes:

H0384 - 0041

An kriegerische Plaene oder Vorbereitung zu kriegerischen Unternehmungen hat bei uns im Auswaertigen Amt dabei niemand gedacht. Es handelte sich dabei lediglich um eine moeglichst eindrucksvolle Bekundung, dass Deutschland es sich nicht mehr laenger gefallen lassen koenne, nicht als ein Volk mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen Voelker behandelt zu werden. Ebenso wenig lag darin der Militarisierung des Rheinlandes weder fuer den Moment noch fuer die Zukunft irgendeine aggressive Absicht zugrunde.

F: Es kam nun im Laufe der weiteren Jahre 1935 zur Wiedereinfuehrung der Wehrhoheit durch Deutschland und ein Jahr spaeter zur Remilitarisierung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes. Ich moechte Ihnen hierzu einen Satz aus einem Affidavit des frueheren Ministers und Dolmetschers Paul Schmidt vom Auswaertigen Amt vorlegen. Er sagt bezueglich der Ereignisse im Fruehjahr 1935 Folgendes: "Dem Abschliessen eines Paktes der gegenseitigen Unterstuetzungen zwischen Frankreich und Russland am 2. Mai 1935 folgte die Verkuendung der Gruendung einer deutschen Luftwaffe und die Einfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht im Maerz 1935."

Ich bitte Sie nun uns einen ganz kurzen Ueberblick ueber die historische Entwicklung der Dinge zu geben, die zur Wiedereinfuehrung der Wehrhoheit im Maerz 1935 und zur Remilitarisierung des Rheinlandes im Maerz 1936 fuehrten.

.....

A: Ich glaube .....

Vorsitzender: Herr Dr. von Luedinghausen. Wir haben die historische Entwicklung dieser Dinge schon sehr haeufig gehoert. Wir wollen Sie sicher nicht von dem Zeugen wieder hoeren.

Dr.v.Luedinghausen: Nur ganz kurz, nur die Daten aneinandergereiht, Herr Praesident. Keinerlei Ausfuehrungen dazu. Ich moechte nur nochmals scharf herausheben, wie sich die einzelnen Dinge aneinanderreihen.

Vorsitzender: Der Gerichtshof hat die Daten vor sich. Wir haben diese Daten bereits seit mehreren Monaten.

Dr.v.Luedinghausen: Gut, also wenn das Gericht glaubt, dass es nicht noetig ist, un es zu informieren, muss ich natuerlich darauf verzichten. Ich komme dann zu einer letzten .....

Vorsitzender: Sie koennen ihm irgendwelche Fragen, die Sie ihm darueber stellen wollen, vorlegen, aber Sie haben gesagt, "geben Sie uns die historische Entwicklung von 2. Mai 1935 an". Wir haben das schon sehr haeufig gehoert.

H0384 - 0042

Dr.v.Luedinghausen: Herr Praesident, mir lag nur am Folgenden. Aus diesem Affidavit des Herrn Schmidt, das ich eben zitiert habe, koennte man ohne weiteres folgern ...

Vorsitzender: Fragen Sie ihn ueber dieses Affidavit, was Sie fragen wollten.

Dr.v.Luedinghausen: Dann werde ich die Frage folgendermassen formulieren:

Durch Dr.v.Luedinghausen:

F: Ich habe eben diesen Satz von Herrn Schmidt vorgelesen und habe Ihnen auch gesagt, was man daraus lesen kann, naemlich, dass der Abschluss des russisch-franzoesischen Paktes vom 2. Mai 1935 die Folge der Wiederherstellung der Wehrhoheit war. Ist das richtig, oder wie hat sich das verhalten ?

A: Diese Frage wird sich tatsaechlich schwer beantworten lassen, wenn man lediglich diese beiden Ereignisse zeitlich gegenueberstellt. Der Abschluss des franzoesisch-russischen Beistandpaktes war tatsaechlich am 2. Mai 1935, die Wiederherstellung der Wehrhoheit bereits im Maerz 1935. Aber die Verhandlungen ueber diesen Beistandspakt reichten zeitlich viel weiter zurueck. Ich moechte daran erinnern, dass das kritische Stadium, in das diese Beistandpaktverhandlungen bereits vor der Wiederherstellung der Wehrhoheit gepflegt war, wohl am eindeutigsten in dem Bericht des Berichterstatters des franzoesischen Heeresausschusses zu entnehmen, wo dieser bereits ganz unumwunden von einer engen Entente der beiden Staaten spricht. Das war am 23. November 1934.

F: Ich komme nun zu einer anderen Frage und moechte Sie bitten, uns zu sagen, ob Sie die Ansichten und den Standpunkt Herrn von Neuraths in der oesterreichischen Frage, wenigstens zu Ihrer Zeit, kennen ?

A: Ich kenne den Standpunkt des Herrn von Neurath zur oesterreichischen Frage schon sehr viel laenger als aus der Zusammenarbeit, waehrend seiner Ministerschaft, denn das Problem hat ihn wohl als Suddeutschen besonders interessiert und entsinne mich mancher Unterhandlung, die ich mit ihm, sogar als ich noch Vizekonsul war, gefuehrt habe. Seine Ansicht und Absicht war von jeher die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich, hauptsaechlich in Interesse Oesterreichs, auf wirtschaftlichem Gebiet enger zu gestalten und politisch durch Staatsvertraege eine gleichgerichtete Politik zu sichern, im uebrigen aber die Selbstaendigkeit Oesterreichs nicht anzutasten, die Erfahrungen, die wir im Auswaertigen Amt mehrere Jahre vor seiner Ministerschaft mit der damals tatsaechlich nur wirtschaftlich gedachten Zollunion bereits gemacht hatten. Die Tatsache, dass dieser Versuch ganz

H0384-0043

allgemein als politischer Anschluss gewertet worden war, gab zu denken und musste jeden warnen, der dieses haisse Eisen wieder einmal anzufassen sich entschlossen hatte. Neurath dachte daher waehrend seiner Amtszeit ueber das Problem, soweit er es mit mir besprochen und bearbeitet hat, ebenso. Ich moechte gleich hier einschalten, dass die kritische Zeit, in der oesterreichischen Frage, wohl nach meinem Austritt aus dem Amt liegt. Im uebrigen teilte auch Hitler urspruenglich die massvolle Auffassung Neuraths. Das kam in dem Gespraech mit Mussolini in Venedig, im Sommer 1934, zum Ausdruck Ganz besonders interessant aber sind auch die Bemerkungen, die Hitler ueber das Anschlussproblem Sir John Simon gegenueber anlaesslich der Verhandlungen in Berlin, noch im Maerz 1935, gemacht hat. Hitler aeusserte sich damals dem englischen Staatsmann gegenueber etwa folgendermassen, wenn man in London Oesterreich so gut kennen wuerde, wie er es kennt, so wuerde man seiner Versicherung glauben, dass er es nicht wuenschen koenne, unsere wirtschaftlichen Sorgen noch durch ein neues wirtschaftliches Sorgengebiet zu erhoehen. Deutschland will gar keine Einmischung in diesem Lande. Er wisse genau, dass jede Einmischung in oesterreichische Dinge, ja sogar die Durchfuehrung eines Wunsches der oesterreichischen Bevoelkerung,selbst nach Anschluss, nicht legalisiert werden koenne.

Das war damals die Ansicht vonHitler. Auch Neurath lehnte jede Einmischung in die inneren oesterreichischen Angelegenheiten ab und verurteilte die in den Parteikreisen wahrnehmbaren Versuche unmittelbarer Unterstuetzung der oesterreichischen Nationalsozialisten auf das schaerfste. Neurath bemuehte sich zu meiner Zeit nach Kraeften, das Auswaertige Amt aus dem innerpolitischen Kampf in Oesterreich herauszuhalten.

F: Noch eine andere Frage. War bis zu Ihrem Abschied anfangs 1936 im Auswaertigen Amt jemals die Rede davon, die Tschechoslowakei anzugreifen oder die mit der Tschechoslowakei bestehenden Vertraege nicht innezuhalten ?

A: Niemals, weder das eine noch das andere. Unsere wirtschaftlichen und politischen Verhaeltnisse zur Tschechoslowakei waren, solange ich im Dienste war, durchaus gut. Wir hatten keinerlei Anlass gehabt, auch nur das geringste dran zu aendern.

F: Und nun noch die letzte Frage: Koennen Sie etwas ueber die Stellung des Herrn von Neurath zur Rassenfrage sagen ?

H0384 - 0044

A: Neurath stand dem Parteistandpunkt in dieser Frage durchaus ablehnend gegenueber. Ich moechte in diesem Zusammenhang an ein Erlebnis erinnern, das mir Neurath persoenlich erzaehlt hat. Als die Judengesetzgebung vor der Verkuendung stand, ist der damalige Reichsjustizminister Guertner ganz aufgeregt zu ihm gekommen und hat dort Herrn von Neurath gesagt, dass er, Guertner, Hitler vergebli vor der Verkuendigung dieser ganz unmoeglichen Gesetze gewarnt habe. Er ersuche Herrn von Neurath dringendst, nunmehr als Aussenminister, auf die ungeheuren Gefahren hinzuweisen, die dieser Wahnsinn im Ausland ausloesen koennte. Neurath erzaehlte mir, dass er dies sofort getan habe, aber alle seine Bemuehungen waeren vergeblich gewesen.

Neuraths persoenliche Einstellung im Judenproblem war, seiner ganzen guetigen Persoenlichkeit und religioesen Einstellung entsprechend, durchaus versoehnlich und verstaendnisvoll. Unter vielen Beispielen moechte ich hier nur auf eines hi weisen, das war Folgendes: In London, waehrend der Zeit, wo wir zusammen dort w ren, gehoerte zum engsten Freundeskreis der Familie Neurath auch der juedische Botschaftsarzt. Als dieser dann waehrend des Weltkrieges London verlassen musst heimat- und erwerbslos wuerde, hat sich Neurath sofort als alter Freund tatkraeftig und erfolgreich angenommen. Auch als Reichsaussenminister hat Herr von Neur nichtarischen Kollegen immer geholfen, obwohl ihm das manchen Angriff aus Partei kreisen eintrug und dies auch sonst nicht immer leicht war.

Dr.v.Lueninghausen: Herr Praesident, ich habe keinenweiteren Fragen mehr an d Zeugen.

Vorsitzender: Will irgendeiner der Verteidigungsanwälte Fragen an den Zeugen richten ? (Keine Antwort)

Wuenscht die Anklagebehoerde Fragen an den Zeugen zurichten ?

Sir David Maxwell-Fyfe: Hohes Gericht. Der Gerichtshof wird natuerlich der Ansicht sein, dass die Anklagebehoerde jede Aussage des Zeugen hinnimmt, aber ich glaube, es waere eine Zeitersparnis, ihn nicht im Kreuzverhoer zu vernehmen. Ich werde deshalb keine Fragen an ihn stellen.

Vorsitzender: Einen Augenblick, Sir David. Sir David, waere es fuer Sie und au fier die Verteidigungsanwälte angenehm, die Fragen der zusaetzlichen Antraege, um Zeugen und Dokumente, um 14.00 Uhr zu besprechen ?

Sir David Maxwell-Fyfe: Gewiss, Herr Vorsitzender, es waere sehr passend fuer

H0384 - 0045

mich. Ich glaube nicht, dass groessere Schwierigkeiten hierueber bestehen, ueber die es zu ernsteren Meinungsverschiedenheiten kommen koennte.

Vorsitzender: Nein, ich glaubte dies auch nicht. Gut, wir werden dies dann tun. Der Zeuge kann sich dann zurueckziehen.

Herr Dr. von Luedinghausen, bitte rufen Sie Ihren naechsten Zeugen und wir koennen ihn noch vor der Vertagung einschwoeren.

Dr.v.Luedinghausen: Darf ich darum bitten, dass Herr Dr.Diekhoff der Nachfolger von Herrn Dr. Koepke wird ?

(Der Zeuge Hans HeinrichDiekhoff betritt den Zeugenstand und sagt wie folgt aus:)

Durch den Vorsitzenden:

F: Bitte wollen Sie Ihren vollen Namen angeben ?

A: Hans Heinrich D i e k h o f f .

F: Wollen Sie mir diesen Eid nachsprechen:

Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sprechen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Der Zeuge wiederholt den Eid.)

Vorsitzender: Der Gerichtshof vertagt sich nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0384 - 0046

NACHMITTAGSSITZUNG

Die Verhandlung beginnt um 14.00 Uhr, 26. Juni 1946

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, der erste Antrag ist in Sachen von Neurath bezüglich des L. Francois Poncet und damit bereits erledigt.

Dann, Herr Vorsitzender, liegt ein Antrag von Dr. Marx für den Angeklagten Streicher vor und zwar zur Einreichung eines Affidevits des Verlegers Gassner, der den "Stürmer" herausgeb. Herr Vorsitzender, der Verleger soll sich mit der Frage des Aufbaues und des Leserkreises des "Stürmers" befassen und zwar während der Jahre 1933 bis 1935.
Die Anklagebehörde hat bereits dem Gericht gegenüber erklärt, dass sie dies nicht für erheblich hält, als beantragt wurde Gassner als Zeugen vorzuladen. Herr Vorsitzender, was ein Affidavit anbelangt, überlassen wir es dem Gericht, ob sie dieses Affidevit nehmen wollen; aber die Anklagebehörde sieht nicht ein, inwiefern es als Beweismittel wichtig sein könne.

VORSITZENDER: Möchte Herr Dr. Marx in dieser Frage jetzt eine Bemerkung machen?

DR. MARX (Verteidiger für den Angeklagten Streicher): Herr Vorsitzender, ich habe mit dem Angeklagten Streicher eben wegen dieser Sache gesprochen, und er sagt mir, dass der von mir in Aussicht genommene Zeuge Herr Gassner von dem ein Affidevit vorgeschlagen war, nur in der Lage sei vom Jahre 1941 ab eine Angabe über die Bewegung, über die Auflagebewegung des "Stürmers" zu machen. Das hat für die Verteidigung selbstverständlich keinerlei Interesse. Ich würde also von dem Affidevit Abstand nehmen und mich auf das beziehen, was der Zeuge Heimer nach dieser Richtung bekundet. Es wäre also garnicht notwendig, dieses Affidevit noch weiter aufrecht zu erhalten.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, der nächste Antrag stammt von Dr. Kranzbühler in Sachen Doenitz. Es handelt sich

H0384 - 0047

um den Wunsch, dass das Affidavit des früheren Flotten-Chefs Jekyl zugelassen und weiter erwogen werde, und zwar auf Grund des Verlaufes des Kreuzverhörs.

Herr Vorsitzender, ich glaube es wäre das beste, wenn die Anklagebehörde keinen Einspruch gegen diesen Antrag zu diesem Zeitpunkt erhebt, sich aber das Recht vorbehält, dass wenn Herr Dr. Kranzbühler das Affidavit gebraucht, dass wir dann erwägen können, ob wir Einspruch erheben sollen.

VORSITZENDER: Es handelt sich doch hier um Gegenbeweise?

SIR DAVID MAXWELL- FYFE: Ja, um Gegenbeweise, und zwar Gegenbeweise der Punkte, die im Kreuzverhör aufkamen. Es ist schwierig zu entscheiden ob man einen Einwand erheben soll, wenn man noch nicht weiss, wie Herr Dr. Kranzbühler das Affidavit zur Anwendung bringen wird. Ich schlage vor, dass wir im Moment keine Einwendungen machen sollten.

VORSITZENDER: Diese Anträge und die Verfügung des Gerichts die die Zeugen zulassen, bestehen immer auf dieser Provision.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Jawohl das verstehe ich. Die Anklagebehörde macht also keine weiteren Einsprüche.

Herr Vorsitzender, und dann zwei Anträge in Sachen des Angeklagten von Neurath. Ein Gesuch für Aufzeichnungen aus dem Fragebogen des ---

VORSITZENDER: Die wurden beide zurückgezogen.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: So? Das wusste ich nicht bestimmt.

Herr Vorsitzender, und dann stellt Herr Dr. Thoma das Gesuch in Sachen Rosenberg, für drei Punkte: Ein Briefaustausch zwischen Dr. Ley und dem Angeklagten; die Eintragung von Dr. Streuber vom 27. Mai 1944, und der dritte, eine Note von Ministerialrat Dr. Beil.

Herr Vorsitzender, die Anklagebehörde findet, dass diese Dokumente kumulativ sind und die Anklagebehörde überlässt die Entscheidung dem Gericht, mit dem Hinweis, dass der Fall schon gründlich genug besprochen worden ist. Ich weiss nicht, ob Dr. Thoma noch etwas sagen will.

H0384-0048

DR. THOMA: (Verteidiger für den Angeklagten Rosenberg):

Hohes Gericht, ich möchte nur ganz kurz darauf zurückkommen, dass offenbar in der Sache des Ministerialrates Dr. Beil ein Irrtum vorliegt. Hier handelt es sich um den Fragebogen. Ich habe an Beil einen Fragebogen gesandt, der noch nicht zurückgekommen ist. Sonst weiss ich nichts über dieses Sache; aber ich habe einen Antrag gestellt, der noch nicht erwähnt wurde. Ich bat darum, dass einige von Rosenberg's-Schriftstücken, Tradition und Gegenwart, neue Reden und Übersetzungen in das Dokumentenbuch aufgenommen werden könnten und zwar behandelt diese Frage die damals anlässlich von Gauschulungssitzungen und Besprechungen aufgetaucht sind und die auch bestehen auf Fragen des Zusammenlebens der Völker Europas untereinander, der religiösen Toleranz und des Eintretens für ein Ideales Menschentum und ähnliche Aufsätze. Ich bitte, diese Aufsätze noch zuzulassen. Sonst habe ich keinen Antrag zu stellen und stelle im übrigen die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts.

VORSITZENDER: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Dr. Thoma, dann haben Sie auf keinen der uns vorliegenden Anträge Bezug genommen. Die Anträge, die vor uns liegen sind ein Briefaustausch zwischen Dr. Ley und dem Angeklagten vom Herbst 1944, ein anderer ist ein Antrag von Dr. Streuber, der dritte ist eine Notiz von Dr. Beil.

DR. THOMA: Ja, das stimmt, Ich muss auch gestehen, dass mir diese Anträge vollständig fremd sind. Die Anträge muss der Angeklagte Rosenberg selbst gestellt haben, denn ich kann keine Spur von ihnen finden, vielleicht ist ein Versehen erfolgt, in dem Memorandum an das Gericht. Ich kenne die Anträge nicht.

VORSITZENDER: Nun Dr. Thoma, die Kopien dieser Anträge liegen uns vor und sie scheinen beide von dem Angeklagten Rosenberg und von Ihnen unterschrieben zu sein.

DR. THOMA: Dann muss es schon seit Monaten erfolgt sein. Ich kann mich daran nicht mehr erinnern; dies ist vom 3. Juni.

VORSITZENDER: Sie wollen sie also nicht mehr?

H0384 – 0049

DR. THOMA: Antrag Nr. 3 ist erledigt.
Ich habe jetzt die Anträge wieder gelesen und ich erinnere mich dieser Anträge. Ich bitte Sie, in einer für den Angeklagten günstigen Weise zu entscheiden.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, beim nächsten Antrag handelt sich um einige Dokumente in Sachen des Angeklagten von Papen und die Anklagebehörde hat keinen Einspruch gegen diesen Antrag.

VORSITZENDER: Sir David, eine grosse Anzahl --insbesondere Nummer 3, 15 und 13, sind entweder schon angenommen oder abgewiesen worden.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Jawohl, das stimmt. Ich habe eine Bemerkung gemacht gegenüber der Nr. 13. Ich glaube wirklich, dass diese schon behandelt wurden. Sie sind in den Büchern, weitere Erklärungen sind nicht nötig.

VORSITZENDER: Sind sie alle im Buch?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ich glaube, ja, Herr Vorsitzender. Dr. Kubuschok sagte, dass er mit mir übereinstimmt.

VORSITZENDER: Sehr gut.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, der nächste Antrag ist in Sachen Bormann, ein Wunsch der Vorlegung einer Verfügung von Hitler und einer die von Bormann stammt und zwar vom Jahre 1944. Die Anklagebehörde erhebt keinen Einspruch gegen Beide.

VORSITZENDER: Ich verstehe nicht ganz genau, worum es sich bei dem letzten handelt. Können Sie mir sagen worum es sich handelt?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, ich selber habe die Auffassung, dass das Dokument "an" den SD ging und nicht "vom" SD kam. Es bezieht sich auf Mitglieder des Hauptamtes des NSDAP zum SD. Ich fürchte, dass diese meine Vermutung keine Zustimmung findet.

DR. BERGOLD: (Verteidiger für den Angeklagten Bormann): Herr Vorsitzender, hier handelt es sich um die Verfügung Bormann,

H0384-0050

in der er Angehörigen der Parteikanzlei verboten hat, Mitglieder des SD zu werden.

Eine Verfügung Bormanns für die Parteikanzlei.

VORSITZENDER: Danke schön.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, der letzte Antrag ist in Sachen Göring. Hier handelt es sich um die Zulassung einer eidesstattlichen Erklärung des Baron von Gersdorf und eines Buches von Joseph Chapski. Mein Kollege von der russischen Delegation hat sich mit diesem Antrag schon schriftlich befasst und zwar am 20. Juni. Ich will darüber weiter keine Worte verlieren. Colonel Pokrovsky ist da, wenn Sie ihn hören wollen.

VORSITZENDER: Ich dachte, wir hätten schon eine diesbezügliche Verfügung abgegeben.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Jawohl, Herr Vorsitzender, Sie haben das schon getan.

VORSITZENDER: Wir haben am 21. Juni eine Verfügung diesbezüglich getroffen, die dahin geht, dass nur drei Zeugen hier vorgeführt werden könnten, für Göring entweder persönlich ---- vielleicht wäre es besser, wenn wir Herrn Dr. Stahmer selbst darüber hören würden.

DR. STAHMER: (für den Angeklagten Göring): Herr Vorsitzender, ich habe den Beschluss des Gerichtes so aufgefasst. Ich hatte den Antrag gestellt, es waren 5 Zeugen. Das Gericht hat gesagt, von diesen 5 Zeugen dürfte ich nur drei Zeugen vorführen. Hinsichtlich der Affidavits war in dem Beschluss nach meiner Erinnerung nichts gesagt, sodass ich davon ausgegangen bin, dass ich nicht behindert werden würde nochzu bitten Affidavits zuzulassen, sofern das Gericht sie für notwendig hält.

VORSITZENDER: Dr. Stahmer, nachdem das Gericht diese Verfügung erlassen hatte, betreffs der Einschränkung der Zeugenzahl auf drei, sind Sie denn nicht benachrichtigt worden und haben Sie nicht Antwort darauf gegeben, dass Sie möglicherweise die mündlichen Zeugen fallen lassen könnten und dass Sie diese ganze Sache durch Affidavits erledigen könnten?

H0384-0051

DR. STAHMER: Jawohl, Herr Vorsitzender, die Nachricht habe ich bekommen. Ich habe deswegen auch schon mit der russischen Anklagebehörde verhandelt. Wir sind nicht ganz zu einer Einigung gekommen und ich habe daher schon vor einigen Tagen einen schriftlichen Antrag an das Gericht gestellt.

VORSITZENDER: Jawohl, aber handelt es sich nicht um die Einigung, dass nur auf beiden Seiten nur je drei Affidevits vorgelegt werden sollten oder waren es mehr als drei?

DR. STAHLER: Nein, es handelt sich nur um die Frage, über die ist noch keine Einigung erzielt, ob mir die Möglichkeit gegeben wird, einige Affidevits hier zu Verlesung zu bringen.

VORSITZENDER: Ja, jetzt verstehe ich.
Herr Dr. Stahmer, ich glaube, die Dinge liegen so, dass, wenn Sie nicht im Stande sind, mit der russischen Anklagebehörde zu einer Übereinkanft zu kommen, wir uns an unsere letzte Verfügung halten müssen.

DR. STAHMER: Jawohl.

VORSITZENDER: Sie werden sich wohl weiter Mühe geben, sich mit der russischen Anklagebehörde zu einigen und sie werden das Gericht darüber informieren?

DR. STAHMER: Jawohl.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, darf ich vielleicht noch drei Exhibits erwähnen? Sie alle beziehen sich auf das Tagebuch des Admirals Assmann, das während der Fälle Dönitz und Raeder hier unterbreitet wurde. Es handelt sich um drei Exhibits. Das erste Dokument ist D-879. Wir dachten, es würde komplett gemacht werden, wenn noch eine Seite um die Fortsetzung des Exhibits kenntnlich zu machen anfügen. Aus diesem Grunde ersucht die Anklagebehörde, dass GB-482 zurück genommen wird und, dass an Stelle dessen die beiden Seiten gebracht werden, die früher schon darin waren mit einer übergehenden Seite.
Das zweite ist Dokument D-881.

VORSITZENDER: Hat die Verteidigung einen Einspruch zu erheben?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich glaube nicht, ich habe nichts

H0384 – 0052

gehört.

VORSITZENDER: Worauf beziehen sich die Dokumente?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Auf das Tagebuch des Admiral Assmann, der dem Stabe des Angeklagten Rädel angehört hatte. Es handelt sich lediglich darum, dass das Exhibit in die richtige Form gebracht wird.

Herr Vorsitzender, beim zweiten handelt es sich um D-881, ebenfalls ein Teil des gleichen Tagebuches vom 23. Februar 1940 Herr Vorsitzender, ich habe dem Gericht versprochen, dass ich ein Exhibit anbieten würde, zu der Zeit, als ich im Kreuzverhör über das Tagebuch sprach. Das Exhibit ist nun fertiggestellt und ich möchte es nunmehr anbieten unter Nr. GB 475. D-881 ist GB 475. Herr Vorsitzender, das dritte ist das gleiche wie das zweite, D-892. Dieses Exhibit ist nunmehr fertiggestellt und wird GB-476, sowie das Gericht einverstanden ist, werden Kopien dem Angeklagten überreicht werden können.

VORSITZENDER: Abschriften werden auch dem Gericht gegeben?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Sicherlich, Herr Vorsitzender, wir warten nur, dass das Gericht formell damit einverstanden ist.

VORSITZENDER: Jawohl, Sir David, das ist in Ordnung. Und nun, Sir David, wenden wir uns mit den anderen Punkten beschäftigen. Ja, Dr. Thoma?

DR. THOMA: Ich wollten die Gelegenheit ergreifen, den beantworteten Frag bogen von Robert Scholz, des Leiters des Sonderstabes Rosenberg, dem Gericht vorzulegen. Der Frag bogen ist übersetzt in englischer und französischer Sprache und ich möchte ihn nun dem Gericht als Exhibit Nr. 41 übergeben. Ich habe ihn schon Mister Dodd gezeigt, Mister Dodd hat keine Einsprüche erhoben.

VORSITZENDER: Schön.

PROFESSOR KRAUSS(Verteidiger für den Angeklagten Schacht): Herr Präsident, ich wollte mich vergewissern, ob und bis zu welchem Zeitpunkt wir noch nach dieser Sitzung Affidavits und Urkunden nachreichen wollen. Der Grund ist der, dass mir in den letzten Tagen zwei Affidavits zugegangen sind und eine Urkunde,

H0384-0053

über deren Erheblichkeit wir uns nochnicht abschliessend schlüssig gemacht haben.

VORSITZENDER: Sir David, das Gericht würde gerne wissen, wann die Anklagevertreter und die Verteidiger finden, dass es am besten wäre, dass diese noch fehlenden Angelegenheiten erledigt werden und zwar durch Beweismittel, die entweder die Verteidigung oder Anklagebehörden als Gegenbeweismittel anbringen wollen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, ich habe bisher noch keine Möglichkeit gehabt dies mit den Verteidigern zu besprechen. Aber ich dachte am Ende der Beweisaufnahme. Ich finde jedoch, dass anzunehmen ist, dass die Beweisführung noch Ende dieser Woche zu Ende gehen wird, vielleicht können wir uns am Samstagmorgen oder am Montag damit befassen, so, wie es den Verteidigern recht ist und, wie das Gericht es entscheidet.

VORSITZENDER: Das Gericht erwartet, dass die Verteidiger und die Anklagevertreter sofort nach den Beweisaufnahmen vorbereitet sein werden, um sich mit den zusätzlichen Fragen zu befassen und auch noch mit irgendwelchen Gegenbeweisanträgen.
Ich möchte jetzt absolut klar verstanden sein, dass das Gericht es erwartet, dass das dann am Schluss der Beweisaufnahme beginnen soll. Damit ist wohl dem Punkte von Herrn Dr. Kraus Genüge geleistet, betreff der Affidavits und Dokumente. Das wäre der angemessenste Zeitpunkt. Sir David, haben Sie eine Ahnung, wie lange das dauern wird?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich glaube, es wird nicht lange dauern. Vielleicht in zwei Tagen ist die ganze Sache zu erledigen. Ich habe mit Herrn Dodd darüber gesprochen und wir sind zu dieser Auffassung gekommen.

VORSITZENDER: Maximum zwei Tage?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, höchstens.

VORSITZENDER: Sehr wohl.

DIREKTES VERHÖR DES ZEUGEN HANS DIEKHOFF DURCH DR. VON LÜDINGHAUSEN

F: Herr Zeuge, seit wann kennen Sie Herrn v. Neurath?

H0384 - 0054

A: Seit 1913. Ich lernte ihn kennen, als ich in das Auswärtige Amt eintrat. Er war damals Legationsrat im Auswärtigen Amt. Ich habe ihn dann später wiedergesehen in Konstantinopel. Ich habe da mit ihm zu tun gehabt. Bis 1930 habe ich ihn dann nicht mehr wiedergesehen.

F: Ich welcher Eigenschaft haben Sie dann von 1930 ab mit Herrn v. Neurath zu tun gehabt?

A: Herr v, Neurath war zunächst von 1930 bis 1932 Botschafter in London und ich leitete im Auswärtigen Amt die Abteilung England-Amerika.

F: Wie war während dieser Zeit die Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt, also Ihnen und Herrn v. Neurath? Er war doch damals Botschafter in London?

A: Die Zusammenarbeit war gut.

F: Wissen Sie irgend etwas über die Berufung von Herrn v. Neurath zum Reichsaussenminister?

A: Ich erinnere mich, dass die meisten leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes bestürzt waren über den plötzlichen Abgang von Brüning, dessen feste und maßvolle Politik wir damals für richtig hielten. Wir haben uns mit dem Wechsel in der Person des Aussenministers nur deswegen abgefunden, weil H Herr von Neurath an die Stelle von Brüning trat und, weil wir wussten, dass Herr v. Neurath ein Mann von Mass war und ein erfahrener Diplomat. Ausserdem wussten wir, dass er in London die Brünig'sche Politik vertreten hatte und wir erwarteten, dass er die Brünig'sche Politik als Aussenminister fortsetzen würde. Ich habe Herrn von Neurath, ich glaube am 2. Juni- am Bahnhof in Berlin abgeholt, als er nach Deutschland kam. Ich hatte aus den Gesprächen von ihm den Eindruck, dass er sehr ungern von London wegging und sehr ungern das Aussenministerium übernahm. Aber er sagte mir: "Ich werde mich dem Wunsche des alten Herrn," das heisst des Reichspräsidenten v. Hindenburg "wohl nicht entziehen können."

F: Welche Stellungen hatten Sie selbst nun inne, in der Zeit als Sie unter Herrn v. Neurath im Aussenministerium ge-

H0384 – 0055

A: Zunächst blieb ich Leiter der Abteilung England-Amerika bis 1936. Dann im April 1936 übernahm ich die wiederhergestellte politische Abteilung. Im Juni starb der Staatssekretär v. Bülow und ich wurde im August 1936 beauftragt mit der Führung der Geschäfte des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. In dieser provisorischen Stellung bin ich geblieben bis zum März 1937 dann wurde ich Botschafter in Washington.

F: Hat Herr v. Neurath als Aussenminister die alten Beamten des Auswärtigen Amtes beibehalten?

A: Er hat fast in allen leitenden Stellen der Zentrale und des Auslandsdienstes die alten Beamten beibehalten.
Der Staatssekretär von Bülow blieb noch volle vier Jahre in derselben Stellung im Auswärtigen Amt bis zu seinem Tode. Nach London, als seinen Nachfolger, entsandte er Botschafter Hoesch, und nach Rom den Botschafter Hassel, und nach Paris den Botschafter Koessler, alles alte Beamte der Diplomatie.

F: Können Sie uns nun aus Ihren Erfahrungen, während Ihrer Tätigkeit die Ziele der Neurath'schen Aussenpolitik nennen

A: Das Ziel von Herrn v. Neurath war darauf gerichtet, gute Beziehungen zu allen Staaten zu unterhalten und dadurch die gleichberechtigte Stellung Deutschlands, die wir im Jahre 1918 verloren hatten, allmählich wieder herzustellen. Es war die Politik, wie die Politik von Stresemann und Brüning. Die Schwierigkeiten der Lage Deutschlands waren Herrn v. Neurath bewusst. Er hat wiederholt bei mir darüber gesprochen. Er gab sich darüber keinen Täuschungen hin. Er hat die Dinge realistisch gesehen. Seine Tendenz war: kass halten.

F: Was wissen Sie über den Eintritt Herrn v. Neurat's in die Regierung Hitler's die am 30. Januar 1933 gebildet wurde?

A: Ich weiss nur, was mir der Staatssekretär v. Bülow mitgeteilt hat, als ich von einem Urlaub Anfang Februar 1933 nach Berlin zurückkam. Danach ist Herr v. Neurath an der Neubildung des Kabinetts, das heisst des Kabinetts Hitler, völlig unbeteiligt gewesen. Er war ausserdem krank in jenen Tagen.

H0384 – 0056

Er hörte von dem Plan, Hitler zum Reichskanzler zu machen und eine neue Regierung zu bilden. Er wollte mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg sprechen um sich gewisse Reservate zu sichern, kam aber zu spät und konnte sich keine Reservate mehr sichern. Trotzdem hat er auch in neuen Kabinett das Aussenministerium beibehalten, weil er sich dem Wunsche des Reichspräsidenten nicht entziehen wollte.

F: Wissen Sie irgendetwas über Herrn v. Neurath's Einstellung zur nationalsozialistischen Innenpolitik?

A: Ich weiss, dass Herr v. Neurath schon sehr bald nach dem 30. Januar 1933 mit gewisser Sorge auf die Innenpolitik schaute, weil er fühlte, hauptsächlich, weil er fühlte, dass dadurch die Aussenpolitik so schwer belastet wurde. Als ich im Juni 1933 zu ihm nach London kam, wo er damals eine Konferenz besuchte und Leiter der deutschen Delgation war, sprach er mir seine Sorgen aus; aber er meinte, die Dinge würden sich totlaufen, es würde wohl so ähnlich gehen, wie im faschistischen Italien, wo es auch sehr wild angefangen hat, wo sich die Dinge aber nachher beruhigt hätten. Er hoffte, dass es auch in Deutschland so werden würde.

F: Ich komme nun zum Jahre 1936. Eine der Hauptfragen, die dieses Jahr beherrschten, war ja die österreichische Frage. Können Sie uns sagen, wie die Einstellung Herrn v. Neurath's zu der damals noch mehrfach in Erscheinung getretenen Einmischung deutscher Kreis in die inneren Verhältnisse Österreich's war?

A: Ja, Herr v. Neurath hielt eine solche deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs nicht nur für unzulässig, sondern für schädlich. Er hat mir das wiederholt gesagt. Er erstrebte eine wirtschaftliche Besserung der Beziehungen zu Österreich, um dadurch auch allmählich wieder die politischen Beziehungen zu bessern. Die Souveränität Österreichs wollte er unangetastet lassen. Das war auch das Ziel vom 11. Juli 1936; zwischen Deutschland und Österreich wirtschaftliche Stärkung Österreichs und dadurch Wiederherstellung guter politischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

F: Ist Ihnen vor 1938, also vor dem März 1938 irgend etwas davon bekannt geworden, dass Hitler die Absicht hatte, Österreich, mit eventueller Gewalt Deutschland einzuverleiben?

A: Nein.

H0384 – 0057

F. War Ihnen vor 1938 jemal irgend etwas bekannt geworden darueber, dass Hitler beabsichtigte, die Sudetenfrage mit Gewalt zu loesen, oder ueberhaupt die Tschechoslowakei anzugreifen ?

A. Nein.

F. Ist Ihnen bekannt, ob Hitler mit der von Herrn von Neurath verfolgten Friedenspolitik sowohl gegenueber Oesterreich, und der Tschechoslowakei, wie auch gegenueber den uebrigen europaeischen Laendern bis zum November 1937 durchaus einverstanden war ?

A. Ich habe bis zum Abgang Herrn von Neurath's, also bis zum Februar 1938 immer angenommen, dass Hitler mit der Friedenspolitik Herrn von Neurath's einverstanden sei, und habe auch nichts Gegenteiliges gehoert oder erfahren.

F. Kennen Sie die Gedankengaenge, die Ueberlegungen, die Herr von Neurath hinsichtlich der Frage der Wiederaufruestung, das heisst der Ruecknahme der Wehrhoheit Deutschlands im Jahre 1935 hatte ?

A. Ich weiss, dass Herr von Neurath davon ausging, dass Deutschland durch die Erklaerung der Westmaechte vom 11. November 1932 das Recht der Gleichberechtigung zugestanden erhalten hatte, und dass er deshalb, nachdem alle Bemuehungen um Abruestung gescheitert waren, es fuer unbestreitbar hielt, dass Deutschland das Recht habe, wieder aufzuruesten.

F. Und die gleiche Frage, wie eben, moechte ich Ihnen auch hinsichtlich der Ueberlegungen und der Einstellung des Herrn von Neurath bezueglich der Remilitarisierung der entmilitarisierten Rheinlandzone stellen ?

A. Ich weiss, dass Herr von Neurath sich des Ernstes dieser Frage bewusst war, denn er wusste, dass das Problem der Remilitarisierung des Rheinlandes mit dem Vertrag von Locarno verankert war; aber ich weiss, dass er in dem franzoesisch-russischen Beistandspakt vom Mai 1935 einen Bruch des Locarno-Vertrages erblickte, und dass er aus der Ratifikation dieses Vertrages, das heisst aus der Inkraftsetzung dieses Vertrages das Recht fuer Deutschland ableitete, auch im Rheinland die deutsche Wehrhoheit wieder herzustellen.

F. Wie war denn ueberhaupt damals die politische Lage ? Konnte man nicht auf Grund derselben annehmen, dass es so wie so

H0384-0058

ueber kurz oder lang zu einer friedlichen Loesung dieser Rheinland-frage gekommen waere ?

A: Jedenfalls hat die tatsaechliche Entwicklung nach dem 7.Maerz 1936 gezeigt, dass die Westmaechte zwar nicht zustimmten der Remilitarisierung des Rheinlandes, dass sie sich aber sehr rasch mit dem Faite accompli abgefunden haben.
Ich bin damles 14 Tage in London gewesen, im Auftrag der Reichsregierung, in der 2. Haelfte des Maerz 1936, und ich habe Gelegenheit gehabt, mit vielen Englaendern darueber zu sprechen; und ich habe in weiten Kreisen die Auffassung gefunden, dass, nachdem man Deutschland das Recht der Gleichberechtigung zugestanden hat, man ihm das Recht der Remilitarisierung des Rheinlandes nicht verweigern koenne.
Ich habe sogar in einigen Kreisen die Auffassung gefunden, dass man erleichtert sei, dass die Remilitarisierung des Rheinlandes, die ja so wie so frueher oder spaeter einmal gekommen waere, so rasch und verhaeltnissmaessig schmerzlos abgeschlossen worden sei.

F. Nun noch eine letzte Frage: Was wissen Sie ueber den Abschied Herrn von Neurath's aus dem Amte als Reichsaussenminister im Februar 1938 ?

A. Ich war damals Botschafter in Washington und ich war vollkommen ueberrascht ueber den ploetzlichen Abgang des Herrn von Neurath. Ich wusste zwar, dass er mit vielem nicht einverstanden war, dass er mehrfach um seinen Abschied gebeten hatte. Ich wusste auch, dass er krank war. Er litt wiederholt an Herzneurose. Ich wusste auch, dass er seinen 65. Geburtstag gefeiert hatte, welcher ihm das Recht gab, sich zurueckzuziehen. Aber ich war doch ueber die Tatsache selbst ueberrascht, zumal ich damals keine Einzelheiten kannte. Und ich habe den Abgang des Aussenministers, zu dessen Friedenspolitik ich Vertrauen hatte, sehr bedauert. Ich erinnere mich, dass auch in den amtlichen Kreisen von Washington der Abgang Herrn von Neurath's bedauert wurde, denn der Staatssekretaer Sumner Welles hat mich damals einige Tage nach dieser Entwicklung auf den Abgang des Herrn von Neurath angesprochen, und hat mir gesagt, dass man in der amerikanischen Regierung den Abgang dieses Mannes, der eine massvolle Politik betrieben habe, bedauere.

H0384 - 0059

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich habe keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen.

VORSITZENDER: Irgend ein anderer Verteidiger, der Fragen an ihn zu stellen hat ?

(Dr. Kubuschok tritt an das Rednerpult).

DR. KUBUSCHOK (Verteidiger des Angeklagten von Papen): Eine einzige Frage, Herr Zeuge, Sie sagten, beim Eintritt Herrn von Neurath's als Aussenminister haetten Sie erwartet, dass er die Politik Stresemann's und Bruening's weiterfuehren wuerde. Hat er sie auch nach seinem Antritt als Aussenminister nach Ihrer Kenntnis fortgesetzt, die Bruening-Politik ?

A. Ja.

DR. KUBUSCHOK: danke schoen,

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Praesident, auf der gleichen Grundlage, wie ich bereits betreffs des letzten Zeugen gesagt habe, will die Anklagebehoerde keine Zeit mit der Fragestellung verschwenden.

VORSITZENDER: Dann kann sich der Zeuge zurueckziehen.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf dann um die Erlaubnis bitten, als dritten und letzten meiner Zeugen Herrn Dr. Voelkers auf den Zeugenstuhl zu rufen.

(Hans Hermann Voelkers, ein Zeuge, betritt den Zeugenstand und sagt Folgendes aus:)

DURCH DEN VORSITZENDEN:

F. Wie heissen Sie ?

A. Voelkers.

F. Ihren ganzen Namen ?

A. Hans Hermann Voelkers.

F: Sprechen Sie mir den folgenden Eid nach:

Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufuegen werde

(Der Zeuge wiederholt den Eid).

H0384-0060

VORSITZENDER: Sie koennen sich setzen.

DIREKTES VERHOER

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F. Herr Zeuge, Sie waren zweimal persoenlicher Referent bei Herrn von Neurath, und zwar am Anfang seiner Stellung als Aussenminister, und spaeter in seiner Stellung als Reichsprotektor von Boehmen und Maehren. Ist das richtig ?

A. Jawohl; seit 1920 gehoerte ich dem Auswaertigen Amt an und bin stets im Ausland gewesen. Ich war zur Zeit unter Stresemann 4 Jahre in Genf als deutscher staendiger Vertreter und Generalkonsul beim Voelkerbund und wurde dann 1932 in das Auswaertige Amt einberufen und wurde zum persoenlichen Referenten des neuernannten Aussenministers, Herrn von Neurath, ernannt. Ich bin 1 Jahr auf diesem Poster gewesen, und wurde dann auf meinen Wunsch als Botschaftsrat nach Madrid geschickt, bin spaeter Gesandter in Havana gewesen und wurde 1939 wieder in das Auswaertige Amt einberufen zur Verwendung als persoenlicher Referent mit dem Titel eines Cabinett-Chefs bei Herrn von Neurath, der inzwischen zum Reichsprotektor in Prag ernannt war.

F. Erfolgte diese Ernennung zum persoenlichen Referenten des Herrn von Neurath in Prag auf Grund irgend welcher persoenlicher Beziehungen, oder nur aus dienstlichen Gruenden ?

A. Nur aus dienstlichen Gruenden. Ich kannte Herrn von Neurath bevor ich in Berlin attachiert gewesen war, nicht.

F. Wie war die Einstellung der Beamtenschaft des Aussenministeriums bezueglich der Ernennung Herrn von Neurath's zum Aussenminister ?

A. Ich hatte den Eindruck, dass die Beamten des Auswaertigen Amtes im allgemeinen sehr befriedigt waren, dass ein alter Berufsdiplomat angesichts der schwierigen innerpolitischen Lage die Leitung des Auswaertigen Amtes uebernahm als Fachminister, und weil sie darin gerade die Gewaehr fuer einen ruhigen, aussenpolitischen Kurs sahen, umso mehr, als man wusste, dass Herr von Neurath das besondere Ver-

trauen des Reichspraesidenten von Hindenburg hatte, und weil er auf Grund seiner ganzen Perscenlichkeit und seiner ausgeglichenen Ruhe die besondere Anerkennung und Verehrung aller Beamten des Auswaertigen Amtes genoss.

Als dann Hitler zur Macht kam, hatte ich den Eindruck, dass er ihm gegenueber skeptisch und zurueckhaltend war. Er gehoerte nicht zur Masse der kleinen Vertreter Hitlers und hat auch niemals in der Zeit als ich bei ihm war, an diesen abendlichen Besprechungen, die Hitler damals in der Reichskanzlei abzuhalten pflegte, teilgenommen. Allmaehlich wurde aber der Druck gegen das Auswaertige Amt immer staerker. Es wurde die Auslandsorganisation aufgezogen und das Buero Ribbentrop's machte auch ein Konkurrenzunternehmen auf, in das alle moeglichen Leute, die einmal eine Auslandsreise gemacht haben, einberufen wurden; sie verschafften alle Arten von Sondermeldungen, die direkt zum Fuehrer gingen, ohne dass sie durch die Kontrolle des Auswaertigen Amtes liefen. Es kam hinzu, dass dann spaeter der Leiter der Auslands-Organisation als Kommissar in das Auslandsamt eingesetzt wurde, waehrend Prinz Waldeck in die Personalabteilung des Auswaertigen Amtes kam. Da wurde der Druck dann schliesslich so stark, dass man nicht mehr dagegen ankommen konnte.

Dass aber das Auswaertige Amt sich solange gehalten hat wie eine Insel, und immer noch dem Druck der Partei ausgewichen ist, ist, glaube ich, sicherlich das Verdienst des damaligen Aussenministers und seines Staatssekretaers von Buelow gewesen.

Als dann die Judengesetze auch eingefuehrt wurden im Auswaertigen Amt, weiss ich, dass sich Herr von Neurath schuetzend, soweit es ging, vor seine Beamten gestellt hat. Und ich bin selber in den letzten 2 Jahren des Kriegs in Stockholm, in Schweden gewesen, und habe dort 2 fruehere Kollegen getroffen, mit denen ich sehr befreundet bin - das ist der Ministerialrat Meier, welcher die Postabteilung unter sich hatte, und der frueher weggehen musste,- und der mir oft in Stockholm erzaehlt hat, wie dankbar er Herrn von Neurath gewesen ist dass er ihm nicht nur ermoeglicht hat, dass er seine Familie und seinen Hausrat alles mithinuebernehmen konnte ins Ausland, sondern

H0384 - 0061

H0384 - 0062

dass Herr von Neurath ihm auch bis zum Zusammenbruch seine monatlich Pension in schwedischen Kronen hat ueberweisen lassen.

F. Welches war nun Ihre Stellung und Taetigkeit in Prag bei der Protektoratsregierung ?

A. In Prag war meine Stellung in der Protektoratsregierung ungefaehr die gleiche wie 7 Jahre vorher, als ich beim Aussenminister persoenlicher Referent im Auswaertigen Amt in Berlin gewesen war, nur mit dem Unterschied, dass es im Auswaertigen Amt eine besondere Protokoll-Abteilung und einen Protokollchef gibt, waehrend ich gleichzeitig in Prag, und das war eigentlich meine Haupttaetigkeit, auch die gesamten protokollarischen und zeremoniellen Sachen zu ordnen hatte. Mir unterstand das sogenannte Buero des Reichsprotektors, nicht zu verwechseln mit der grossen Behoerde, mit der ich nichts zu tun gehabt habe.
Als ich 1939 im Sommer nach Prag gekommen bin, war die Behoerde bereits einige Monate in Betrieb.
Mein Vorgaenger war ein Legationsrat von Kessel (?) vom Auswaertigen Amt. Ausser mir gehoerten zu dem Buero des Reichsprotektors noch 2 weitere Beamte des Auswaertigen Amtes, die mir beigeordnet waren, sowie ein Graf Wedlburg, dessen Mutter eine Tschechin war, und den der Reichsprotektor eingestellt hatte, weil er gerade durch ihn besondere Beziehungen zu den Tschechen sich versprach.

Das Buero war zustaendig ausser fuer die allgemeinen und ueblichen Vollzieher angelegenheiten, fuer die Erledigung der Privatkorrespondenz und fuer die Bearbeitung der persoenlichen Gesuche. Im Laufe der Zeit haben wir da eine besondere Abteilung gruenden muessen, weil spaeter, als die vielen Verhaftungen kamen, soviele Gesuche eingingen, hauptsaechlich adressiert an den Reichsprotektor persoenlich, - - -

- - - - - - - - - - - - - - - - -

H0384 - 0063

VORSITZENDER: Dr. von Luedinghausen,das ist doch weit entfernt von dem, mit dem wir uns befassen muessen, und das was er bisher gesagt hat, ist absolut kumulativ.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich habe meine Fragen beendet, ich will nur zeigen, dass er in der Lage ist, die kommenden Fragen aus eigenem Wissen zu beantworten.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Was koennen Sie uns aus Ihren Beobachtungen und Erfahrungen ueber die Einstellung des Herrn von Neurath gegenueber den Tschechen sagen ?

A: Ich kann nur allgemeine Eindruecke wiedergeben. Ich habe, wie ich schon sagte, mit der eigentlichen Taetigkeit der Behoerde nichts zu tun gehabt, sondern war nur von Herrn von Neurath persoenlich attachiert fuer seine privaten Angelegenheiten und fuer die ganzen zeremoniellen Sachen. Ich weiss aber, und er hat mir erzaehlt dass er, als er das Reichsprotektorat uebernommen hat, er das in der Absicht getan hat, um die tschechische Bevoelkerung so gerecht und anstaendig wie moeglich zu behandeln, um durch Ausgleich der Gegensaetze aussoehnend und vermittelnd eine gesunde Grundlage fuer das Zusammenleben der beiden Voelker zu schaffen. Er hat mir oft gesagt, dass er zum Reichsprotektor, also zum Beschuetzer der Tschechen ernannt sei, und wir wussten auch, dass der letzte deutsche Gesandte in Prag, Dr. Eisenlohr, oft berichtet hat, dass die letzte tschechoslowakische Regierung ihrerseits bereit gewesen ist, den Anschluss an Deutschland zu vollziehen. Er ist Gegner der militaerischen Loesung gewesen und Herr von Neurath hat mir auch, als ich damals nach Prag kam, erzaehlt, ich glaube es war im September 1938, dass er sich sehr stark gegen die militaerische Loesung ausgesprochen hat und mit Goering zusammen in Muenchen bei Hitler war und versuchte, ihn davon abzubringen. In der Praxis meines Bueros habe ich es oft erlebt, das Herr von Neurath - soll ich weiter sprechen?-- eine sehr offene Hand hatte den tschechischen Gesuchstellern gegenueber. Er hatte sehr viel Mitgefuehl und Verstaendnis, pruefte jeden einzelnen Fall, und man wusste das auch in tschechischen Kreisen sehr wohl. Und da wir in der

H0384-0064

Buero die Moeglichkeit hatten, jedes einzelne Gesuch und jede Bitte von tschechischen Privatpersonen persoenlich an den hoechsten Chef zu bringen, so haben die tschechischen Gesuchsteller diesen Weg sehr haeufig und gerne benutzt, weil die Aussichten fuer eine positive Erledigung ihrer privaten Wuensche und Gesuche durch den hoechsten lokalen Chef viel guenstiger waren, als wenn sie schematisch durch die zustaendige Abteilung der Behoerde bearbeitet worden waeren. Gerade diese Uebung hat uns in einen scharfen Gegensatz gebracht gegen ueber dem Staatssekretaer ---

VORSITZENDER: Dr. von Luedinghausen, dieser Zeuge haelt ja nur Reden, Sie befragen Ihn ja gar nicht. Er redet einfach ununterbrochen weiter.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN :

F: Was wissen Sie, Herr Zeuge, ueber das persoenliche und dienstliche Verhaeltnis des Reichsprotektors zu Staatspraesident Ha

A: Nach meinen Beobachtungen war das persoenliche und dienstliche Verhaeltnis des Reichsprotektors zu Staatspraesident Hache sehr gut und ich glaube auch, dass das nicht nur eine aeussere Form war, sondern ich habe den Eindruck, dass Herr von Neurath dem Staatspraesidenten herzlich zugetan war, weil er ihn fuer einen hochanstaendigen und lauteren Charakter gehalten hat, der unter den gegebenen Verhaeltnissen---

VORSITZENDER: Herr Zeuge, wenn Sie sehen, dass der Verteidiger genug gehabt hat von Ihrer Antwort, dann koennen Sie doch aufhoeren?

ZEUGE: Jawohl.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Wie war nun das Verhaeltnis zwischen Herrn von Neurath und dem ihm als Staatssekretaer zugeteilten Frank ?

A: Das Verhaeltnis war ein sehr schlechtes. Herr von Neurath mir damals schon bei Antritt meines Dienstes gesagt, dass er grosse Schwierigkeiten mit ihm gehabt haette wegen seiner eindeutigen tschechen-feindlichen Einstellung als Sudetendeutscher, eine Einstellung, die man als Reichsdeutscher nicht so ohne weiteres verstehen koennte. Er hatte aber immer gehofft, dass Frank, der ein Nicht-Beam-

H0384-0065

ter, sondern outsider war, sich allmaehlich seiner Politik anschliessen und dem Beamten-Apparat anpassen wuerde. Das ist aber leider nic moeglich gewesen, ich weiss nicht, wann Frank----

F: Herr Zeuge, koennen Sie uns kurz schildern, wie die tatsaechlichen diesntlichen Machtbefugnisse Herrn von Neuraths und Franks im Verhaeltnis zueinander waren ?

A: Herr von Neurath war der Vorgesetzte des Staatssekretaers. Der Staatssekretaer leitete den ganzen Betrieb und die Verwaltung de inneren Behoerde, einer grossen Behoerde. Ihm unterstand der Unterstaatssekretaer von Burgsdorff, der glaube ich, hier von dem Hohen Gericht schon vernommen wurde. Ausser der Eigenschaft als Staatssekretaer war Frank auch Hoeherer Polizei- und SS-Fuehrer.

F: Hatte nun Herr von Neurath auf den Zweig der Taetigkeiten Frank's bestimmten Einfluss, also auf den in seiner Eigenschaft als Hoeherer SS-und Polizeifuehrer?

A: Wie die Verhaeltnisse lagen, hatte er praktisch keinen Einfluss. Ich weiss nicht, ob in der ersten Zeit bereits eine gesetzlic Regelung bestanden hat. In der Praxis jedoch war die Polizei, und dait auch der Staatssekretaer, mit seinen polizeilichen Massnahmen absolut unabhaengig von Neurath. Das hing auch mit den Verhaeltnissen im Reich zusammen, wo Himmler ja auch die ganze Polizei und SS fuehr und dem Innenministerium die Exekutive weggenommen hatte. Soweit ich mich erinnere, hat aber im Herbst 1939 eine gesetzliche Regelung stat efunden, wo darin stand, dass die Polizei unabhaengig sei, soweit ich mich erinnere, und dass Herr von Neurath nachtraeglich zu unterricht waere von allen Massnahmen.

F: Sie meinen damit die Verordnung ueber den Aufbau der Verwaltung und die deutsche Sicherheitspolizei im Protektorat vom 1. September 1939 ?

A: Ja, ich glaube ja. Der erste Teil betraf die Verwaltung, der zweite die Polizei.

DR. VON LUEDINGH USEN: Herr Praesident, ich darf daran erinnern, dass der Text dieser Verordnung sich in meinem Dokumentenbuch unter Nr. 149 befindet.

VORSITZENDER: Es ist doch schon darueber gesprochen worden ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ja. Ich wollte nur daran erinnern, dass es von mir vorgelegt ist.

DUCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Wurde denn nun wenigstens Herr von Neurath entsprechend diesen Vorschriften nachtraeglich von diesen selbstaendig von Frank vorgenommenen Polizei-Massnahmen unterrichtet ?

A: Der Chef der Polizei war ein SS-Mann namens Boehme. Der pflegte mehrmals in der Woche zum Reichsprotektor zum Vortrag zu kommen. Dass er ihm beabsichtigte Polizei-Aktionen vorher mitteilte, glaube ich nicht, davon haben wir nie etwas gehoert. Dass er nachtraeglich ihm Aktionen, die er vorgenommen hat, mitteilte, kann ich nicht beurteilen, ob er alles mitgeteilt hat. Meistens spielte sich das so ab; dass der Reichsprotektor ihm verschiedene Gesuche von Angehoerigen von verhafteten Tschechen zu Aeusserung zuschickte und das Boehme mit diesen Sachen zum Vortrag erschien. Darin bestand im allgemeinen dann die sogenannte nachtraegliche Unterrichtung des Reichsprotektors.

F: Hat sich nun Herr von Neurath, wenn er nachtraeglich von solchen Polizeimassnahmen erfuhr, gleichgueltig auf welchem Wege, fuer eine Wiederaufhebung von Verhaftungen oder ueberhaupt Milderung, Abschaechung solcher polizeilicher Massnahmen eingesetzy ?

A: Wie ich schon sagte, haben wir in dem kleinen Buero des Reichsprotektors eine besondere Abteilung zur Entgegennahme von derartigen Gesuchen eingerichtet. Diese Stelle, die natuerlich dem Reichsprotektor unmittelbar unterstand, tat ihr Moeglichstes, um die Angehoerigen zu beruhigen und um die Haftenlassung der Verhafteten zu erreichen. Die Arbeit war besonders schwer, weil diese oertlichen Stellen, der oertliche Polizeichef und auch der Staatssekretaer Frank sich meistens ablehnend verhielten. Der Reichsprotektor hat sich dann immer wieder direkt an Himmler gewandt und auch wiederholt an den Fuehrer selbst. Ich weiss und erinnere mich, dass eine sehr erregte Korrespondenz mit Himmler stattgefunden hat und dass Herr von Neurath auch wiederholt bei Hitler deshalb vorstellig wurde.

F: Koennen Sie beurteilen, bezw. koennen Sie uns etwas darueber sagen, wie weit Herr von Neurath als Reichsprotektor, abgesehen von

H0384 – 0066

H0384 – 0067

Polizei und polizeilichen Massnahmen, in seinen politischen und wir schaftlichen Massnahmen Anordnungen frei und unabhaenig, oder wie weit er in diesen von Berlin gegebenen Weisungen abhaenig war ?

A: Als ich nach Prag kam gab es dort neben der Behoerde des Reichsprotektors alle moeglichen anderen Dienststellen, z. B. einen Reichskommissar fuer die Wirtschaft, der, soweit ich mich erinnere, wie ich damals hoerte, schon seine Taetigkeit aufgenommen hatte, al die Behoerde des Reichsprotektors noch garnicht existierte. Dann gab es auch einen Beauftragten fuer den Vierjahres-Plan, und es gal den Wehrmachtsbevollmaechtigten mit einem grossen Stabe. Auch die Parteistellen waren nicht zentral organisiert; Prag und der Norden gehoerten zum Gauleiter Henlein im Sudetengau, ganz Maehren gehoert zum Gau Niederdonau, das war der Gauleiter Dr. Jury, und der Wester gehoerte auch wieder zu einem dritten Gau. Alle diese Gauleiter ver suchten nun ihrerseits---

VORSITZENDER: Herr Dr. von Luedinghausen, das sind doch alles Einzelheiten und absolut unwichtige Einzelheiten.

DURCH DR. VON LUEDINGH USEN:

F: Wissen Sie irgend etwas ueber Herrn von Neurath's Einstellu zu vielfachen Plaenen einer Germanisierung der Tschechen ?

A: Nein, darueber weiss ich nichts. Ich erinnere mich nur, das Herr von Neurath einmal zu Anfang mir gesagt hat, d. h. da war der Krieg schon ausgebrochen, dass er das ganze Gebilde des Protektorat als eine Zwischenloesung betrachte und dass schliesslich der Friede auch ueber das Schicksal der Tschechei entscheiden muesse.

F: Es kam nun, wie Sie sich entsinnen werden, im Herbst 1939 in Prag zum erstenmal anlaesslich des tschechoslowakischen Unabhaengigkeitstages am 28. Oktober 1939 zu Demonstrationen.

A: Ich erinnere mich hier nicht an Einzelheiten. Es hat Demonstrationen im Oktober an einem tschechoslowakischen Nationalfeiert gegeben, soweit ich mich noch erinnere, waren sie auf dem Wenzelpl und auf der Narodny-ulice. Ich selbst habe das---

F: Was wissen Sie von den Folgen, als einer der verwundeten Studenten gestorben war und am 15. November begraben wurde, von neuen Unruhen, besonders seitens der Studentenschaft in Prag, Was

H0384-0068

wissen Sie ueber diese Unruhen, und was im Anschluss an diese Unruhen unmittelbar sich hinterher ereignet hat?

A: Bei diesen zweiten Unruhen war vorher, soweit ich mich noch erinnere, die Weisung ausgegeben, man solle sich zurueckhalten. Die Demonstrationen waren, wie man mir spaeter erzaehlt hat, im allgemeinen nicht sehr beunruhigend. Trotzdem hatte aber wohl Frank nach Berlin berichtet. Jedenfalls wurde der Reichsprotektor und Frank, und der General Frederici, nach Berlin beordert zu einer Besprechung bei Hitler in der Reichskanzlei. Ich habe den Reichsprotektor damals begleitet. Chvalkovsky, das war der tschechische Gesandte in Berlin, war gleichfalls eingeladen. Ich war dabei, wie Hitler in sehr erregter und verletzender Form den Gesandten wegen der Vorfaelle, fuer die er die tschechische Regierung verantwortlich machen muesse, abkanzelte. Ob er dabei von einer Schliessung der Hochschulen gesprochen hat, kann ich mich nicht mehr erinnern, ich kann mich auch nicht erinnern gehoert zu haben, dass er die Erschiessung oder Verhaftung von Studenten angedroht haette. Die Art, wie Hitler den Gesanten behandelte, war sehr peinlich fuer uns. Der Gesante ist dann aus dem Raum gegangen ohne noch weiter ein Wort zu sprechen. Soweit ich mich erinnere, ist das Thema dann nicht weiter beruehrt worden, es wurde zu Mittag gegessen und bei der Verabschiedung sagte Hitler zu Frank, dass er ihn noch sprechen wolle. Herr von Neurath wurde nicht aufgefordert, und ich erinnere mich, auf dem Nachhauseweg, als ich mit von Neurath ging, dass er sich ungehalten darueber aeusserte. Am naechsten Tag bin ich dann mit Herrn von Neurath zusammen zurueckgereist, nachdem Frank bereits am selben Abend nach Prag gefahren war. Ich erinnere mich, als ich in Prag dann auf die Behoerde ging, dass ich ein rotes Plakat sah, auf dem mitgeteilt war, dass wegen der Unruhen die Erschiessung der Raedelsfuehrer, die Verhaftung von Studenten, und die Schliessung der Hochschulen angeordnet sei; der Name von Neurath stand darunter. Da ich nicht wusste, was inzwischen in Prag vorgefallen war, war ich voellig ueberrascht, weil ich in Berlin von diesen Massnahmen gar nichts gehoert hatte und vermutete eine Intrige von Frank und

H0384 - 0069

ging gleich zu Neurath, um ihm das zu melden. Ich hatte den Eindruck, dass Herr von Neurath sehr peinlich beruehrt und ebenso ueberrascht war, wie ich, dass er nichts vorher gewusst hat. Bal darauf kam Frank denn auch durch meine Zimmer in das Zimmer von Herrn von Neurath hinein und hatte das rote Plakat unter dem Arm. Ich weiss nicht, ob von Neurath ihn hat kommen lassen, oder ob er selber kam.

F: Hat von Neurath hinterher, nachdem das ja leider passiert war, sich wenigstens fuer die Freilassung der verhafteten Studenten eingesetzt ?

A: Jawohl, er hat sich sofort eingesetzt. Es gelang ihm aber nicht einmal, die Listen der verhafteten Studenten, zu bekommen. Wir haben erst nach langem Draengen auf tschechischer Seite von der tschechischen Regierung eine unvollstaendige Liste bekommen. Trotzdem hat Herr von Neurath sich fuer die Freilassung der Studenten eingesetzt und hatdamit auch gute Erfolge gehabt im Laufe der Zeit.

F: Wissen Sie etwas daruebor, was geschehen ist, zur Unterbringung, zur Beschaeftigung derjenigen Studenten, die infolge de Unruhen und der damit verbundenen Schliessung der Universitaeten mehr oder weniger beschaeftigungslos geworden waren ?

A: Nein, daruebor weiss ich nichts, ich habe auch nichts mit der Sache zu tun gehabt.

F: Wissen Sie aber, ob Herr von Neurath nicht bei Hitler mehrfach auf die Wiedererooffnung der Universitaeten gedraengt hat ?

A: Jawohl, ich erinnere mich, dass der Rektor Rodni, der Rektor der tschechischen Universitaet, den ich gut kannte, mich einmal gebeten hatte deshalb, und ich habe Herrn von Neurath des vorgetragen, und Herr von Neurath hat sich auch damals nochmals darum bemueht, aber soviel ich weiss, solange wir in Prag waren, sind die Hochschulen nicht mehr eroeffnet worden.

F: Erinnern Sie sich an eine tschechisch-faschistische Organisation Vlajka ? Ich weiss nicht, ob ich den Namen richtig aus-

H0384 - 0070

spreche.

A: Jawohl, aber ich weiss ueber die Vlajka sehr wenig. Ich weiss nur, dass wir in dem Buero verschiedene Huldigungs-Adressen von Anhaengern dieser Bewegung bekamen, und ich weis auch, dass wir von tschechischer Seite darueber unterrichtet waren, dass diese Leute zum Teil kriminell waren, und im allgemeinen nichts taugten. Herr von Neurath stand aber auf dem Standpunkt ganz allgemein, dass dies eine inner-tschechische Angelegenheit sei und dass dies doch immerhin Leute waeren, die mit uns zusammenarbeiten wollten. Er hat aber von sich aus jede Zusammenarbeit abgelehnt, und wir haben derartige Adressen vom Buero aus auch, glaube ich, niemals beantwortet. Ich weiss aber-----

F: Herr von Neurath war ja noch als Reichsprotektor gleichzeitig auch Praesident des Geheimen Kabinettsrates. Ist Ihnen, weil Sie ja doch die schriftlichen Arbeiten mehr persoenlicher Art zum Teil fuer ihn bearbeiteten, irgend etwas bekannt geworde dass Herr von Neurath in dieser Eigenschaft als Praesident des Geheimen Kabinettsrates taetig geworden ist ?

H0384 - 0071

A: Nein, solange ich in Prag war, ist Herr von Neurath niemals taetig gewesen. Er hat mir im Gegenteil einmal gesagt, dass Hitler ihm damals, als er ihn dazu ernannte, gesagt hat, er solle nur nicht glauben, dass er jemals den Kabinettrat einberufen wuerde.

F: Herr von Neurath war ferner auch Mitglied des sogenannten Verteidigungsrates. Hat er in solcher Eigenschaft mal irgendwie in Prag zu tun gehabt ?

A: Nein, das habe ich nicht gewusst, dass er Mitglied vom Verteidigungsrat war. Die grundlegenden Erlasse von Berlin, betreffend das Protektorat waren oft unterzeichnet vom Ministerrat fuer die Reichsverteidigung, glaube ich, jiess das. Aber Neurath hat nie mitgezeichnet oder gegengezeichnet.

F: Herr von Neurath war bekanntlich zum Ehrengruppenfuehrer der SS und spaeter zum Ehren-Obergruppenfuehrer der SS ernannt. Hat Herr von Neurath seinerzeit, als er in Prag war, ueberhaupt jemals diese Uniform getragen ?

A: Grundsaetzlich hat er seine Reichsministeruniform getragen. In der ist er auch einmal gemalt worden. Sehr viel ist er in Zivil gegangen. Es kann sein, dass er eine schwarze SS-Uniform einmal bei einer SS-Parade getragen hat, das weiss ich aber nicht mehr genau. Sonst hat er sie nie getragen.

F: Wissen Sie irgend etwas ueber die Umstaende und die Gruende, aus denen es im September 1941 zum Weggang Herrn von Neuraths aus Prag gekommen ist ?

A: Als Herr von Neurath damals im September in das Hauptquartier bestellt wurde, war er von seinem militaerischen Adjutanten begleitet. Ich holte ihn am Flugplatz ab und er erzaehlte mir im Waten, Hitler sei wuetend gewesen wegen der Sabotageakte im Protektorat, er wolle Heydrich schicken, um ein Exempel zu statuieren. Neurath haette erklaert, dass er damit nichts zu tun haben wolle und haette um seine Entlassung gebeten. Hitler haette dann bestimmt, dass er zunaechst in Urlaub gehen sollte, und das hat er auch getan. In den naechsten Tagen ist er abgereist.

Dr. v. Luedinghausen: Herr Praesident, ich habe keine weiteren Fragen. Darf ich noch eine Bitte aussprechen am Ende meines Vortrages. Herr Praesident, ich habe noch nicht alle Dokumente vorlegen koennen, weil sie noch nicht in der Uebersetzung bei mir eingegangen sind. Darf ich mir vorbehalten, diese restlichen Dokumente - es sind nicht viele - am Ende vielleicht des Vortrages von Kollegen Dr. Fritz vorzulegen ?

Vorsitzender: Sie brauchen auf die Uebersetzung nicht zu warten, Sie koennen die Dokumente jetzt als Beweismittel anbieten, reichen Sie eine Liste zusammen mit der

H0384 - 0072

Nummern ein.

Dr. v. Luedinghausen: Herr Praesident, ich habe sie jetzt nicht hier. Ich darf si vielleicht morgen oder uebermorgen vorlegen, wenn Herr Dr. Fritz fertig ist.

Vorsitzender: Ja, natuerlich.

Will irgendein Verteidiger Fragen an den Zeugen stellen ?

(keine Antwort)

Will die Anklage das Kreuzverhoer beginnen ?

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Vorsitzender, die Anklage will auf derselben Grundlage kein Kreuzverhoer anstellen.

Ich moechte Sie, My Lord, hinweisen, auf eine Sammlung von Dokumenten, die in unserem Dokumentenbuch 12 B enthalten sind, und zwar eine Sammlung antisemitischer Verordnungen im Protektorat. Sie sind alle aus dem Verordnungsblatt fuer das Protektorat, und die Anklage bittet das Gericht, amtlich von diesen Kenntnis zu nehmen als amtliche Veroeffentlichungen, die Sammlung ist nur fuer das Gericht bestimmt.

Vorsitzender: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

Das beschliesst nun soweit Ihren Fall, Dr. Luedinghausen ?

Das Gericht wird sich nun vertagen.

(P a u s e)

Vorsitzender: Ich rufe den Verteidiger fuer den Angeklagten Fritzsche.

Der Verteidiger fuer den Angeklagten Fritzsche ?

Dr. Fritz: Dr. Fritz fuer den Angeklagten Fritzsche. Herr Praesident, meine Herren Richter, ich beabsichtige, die Beweisfuehrung im Falle des Angeklagten Fritzsche wie folgt zu gestalten. Zunaechst moechte ich den Angeklagten Fritzsche in den Zeugenstand rufen und sodann den Zeugen von Schirmeister aufrufen. Im Laufe dieser beiden Vernehmungen beabsichtige ich, Hohes Gericht, einige Affidavits anzubieten, um auf diese sowei auf den sonstigen Inhalt meiner beiden Dokumentenbuecher zu verweisen. Im Gerichtsbeschluss vom 8. Maerz 1946 war mir fuer meine Beweisfuehrung bewilligt worden, als Zeugen 1. Herrn von Schirmeister und 2. Dr. Krieg, und als Dokumente die Texte aller Radioansprachen des Angeklagten Fritzsche aus den Jahren 1932 bis 1945 und das Archiv "Deutscher Schnelldienst des Propagandaministeriums". Von diesen saemtlichen Beweismitteln konnte trotz der Bemuehungen des Herrn Generalsekretaers leider nur der Zeuge von Schirmeister herbeigeschafft werden. Ich musste daher meine Beweisfuehrung umgestalten und bitte darum

H0384-0073

um die guetige Nachsicht des Hohen Gerichtes, wenn ich den Angeklagten Fritzsche und den Zeugen von Schirmeister etwas eingehender vernehmen werde, als ich das urspruenglich beabsichtigte. Mit Zustimmung des Gerichtes rufe ich nunmehr den Angeklagten Fritzsche in den Zeugenstand.

Versitzender: Jawohl, natuerlich.

(Angeklagter Fritzsche betritt den Zeugenstand)

Verhoer durch Versitzenden:

F: G eben Sie Ihren vollen Namen an.

A: Hans F r i t z s c h e .

F: Sprechen Sie mir diesen Eid nach (Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde .)

(Zeuge spricht den Eid nach.)

Versitzender: Sie koennen sich setzen.

Verhoer durch Dr. Fritz:

F: Herr Fritzsche, schildern Sie kurz Ihren Lebenslauf bis zum Jahre 1933.

A: Ich darf hierzu auf mein Affidavit 3469-PS verweisen, und zwar auf Punkt 1 - 3, bis 8. Darueber hinaus kann ich mich jetzt auf einige Stichworte beschraenken.

Dr. Fritz: Herr Praesident, darf ich zu Beginn der Vernehmung noch bemerken: Meine Dokumentenbuecher, von denen ich zwei habe, sind in der Uebersetzung noch nicht fertig. Dieses Affidavit, das der Angeklagte eben erwaehnte, ist auch in dem Dokumentenbuch der Anklagevertretung enthalten. Ich weiss nicht, ob den Gericht dieses Dokumentenbuch jetzt vorliegt.

Versitzender: Nein, Sie koennen aber fortfahren.

Zeuge (fortfahrend): Ich bin geboren am 21. April 1900. Mein Vater war Beamter, ich besuchte das humanistische Gymnasium. Ich war dann Soldat im ersten Weltkrieg, kehrte auf die Schulbank zurueck und studierte dann an verschiedenen Universitaeten Philisophie, Geschichte und Volkswirtschaft. Nach dem ersten Weltkrieg war mein Leben und meine Arbeit bestimmt von der Not meines Volkes. Wir nannten diese Not Versailles. Es ist ueber den Vertrag von Versailles genug hier im Gericht gesprochen worden. Ich brauche den, was bereits gesagt wurde, nichts hinzuzufuegen.

F: Sie erstrebten also in Ihrer journalistischen Arbeit vor 1933 eine Aenderung des Versailler Vertrages ?

A : Selbstverstaendlich.

H0384-0074

F: Suchten Sie diese Aenderung mit Krieg ?

A: Nein, ich suchte sie mit den Mitteln des Rechts, der Politik und der wirtschaftlichen Vernunft, die damals alle auf deutscher Seite standen. Eine gewisse Wiederherstellung der Macht des Deutschen Reiches waere mir erwuenscht gewesen deshalb, weil ich in der Ohnmacht des Reiches eine Kriegsgefahr sah. Aber das Mittel des Krieges, zur Aenderung von Versailles, erschein mir nicht moeglich, nicht zweckmaessig und nicht wuenschenswert. Genau so blieb es spaeter unter der Regierung Hitlers. Adolf Hitler hat gerade in diesem Punkt zwei Versicherungen abgegeben, die fuer mich und sicher auch fuer Millionen Deutscher von besonderem Eindruck waren. Das erste war die Versicherung, ich war selber einfacher Soldat und ich weiss deshalb, was Krieg bedeutet. die zweite war die Feststellung, in all den blutigen Kriegen der letzten tausend Jahre gewannen nicht einmal die Sieger so viel, wie sie an Opfern in den Krieg gebracht hatten.

Diese beiden Versicherungen wirkten fuer deutsche Ohren wie heilige und verpflichtende Eide. Was in Hitlers Politik gegen diese beiden Versicherungen verstossen haben sollte, das war ein Betrug an der deutschen Oeffentlichkeit.

F: Wann, wie und warum kamen Sie zur NSDAP.

A: Ich kam nach meinem Eintritt in das Propagandaministerium zur Partei. Ich verweise auch hier auf mein Affidavit 346 9-PS, und zwar auf die Punkte 9 - 13. Ich bin zur NSDAP nicht durch das Parteiprogramm gekommen. Ich bin auch nicht durch Hitlers Buch "MeinnKampf" zur Partei gekommen. Ich kam auch nicht durch die Persoenlichkeit Hitlers dazu, von dessen, von dieser Stelle aus mehrfach erwaehnten, suggestiven Kraft ich nichts verspuert habe. Ich lehnte den rauhen Radikalismus der Methoden er Partei ab. Dieser rauhe Radikalismus widersprach der Praxis meines ganzen Lebens und meinem persoenlichen Stil. Wegen dieser robüsten Praxis kam ich 1932 mit der Partei sogar in einen Konflikt.

Ich kam zur Partei, als sie zweifellos die Mehrheit des deutschen Volkes gewonnen hatte. Diese Partei ueberwand damals die Zersplitterung des deutschen Volkes und brachte ihm die Einheit, nachdem Bruenings grosser Versuch einer Sanierung auf demokratischer Basis gescheitert war und zwar an den aussenpolitischen Widerstaender gescheitert war, nicht an dem Widerstand imsdeutschen Volke.

Nachdem auch die Praesidialkabinette nicht zu einer neuen Fundierung im Volke gefuehrt hatten, bedeutete die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine Rueckkehr zu demokratischen Grundsaetzen. 12199

H0384 - 0075

Es ist ueber diese Dinge hier viel gesprochen worden. Ich bitte um die Erlaubnis, einen Umstand anfuehren zu duerfen, der meines Wissens hier noch nicht erwaehnt wurde und dem doch eine gewisse Bedeutung zukommt.

Als ich zur NSDAP kam, glaubte ich nicht eigentlich zu einer Partei im Sinne dieses Wortes zu kommen, denn die NSDAP besass keine Parteitheorie in dem Sinne, wie die marxistischen Parteien eine durchgebildete und gereifte Theorie besassen. Alle Theoretiker der Partei waren umstritten. Die theoretischen Schriften Gottfried Feders waren verboten worden. Der Theoretiker Rosenberg war und blieb bis zuletzt in der Partei umstritten. Der Mangel der Partei an einer Theorie war so gross, dass sogar der Abdruck des knappen Parteiprogramms fuer die deutschen Zeitungen verboten wurde. Ja, es wurde den deutschen Zeitungen einige Jahre nach 1939 verboten, willkuerlich irgendwelche Stellen aus Hitlers "Mein Kampf" abzudrucken.

Ich glaubte also damals, nicht zu einer eng begrenzten Partei zu kommen, sondern ich glaubte, in eine Bewegung zu kommen, in eine Bewegung, die solche Gegensaetze in sich vereinigte, wie etwa die von Ley und Funk, die von Rosenberg und dem Reichbischof, eine Bewegung, die durchaus labil war in der Wahl ihrer Mittel, die einmal die Arbeit der Frauen verbot, um ein anderen Mal um die Arbeit der Frau zu werben. Ich glaubte, in eine solche Bewegung zu kommen, deshalb, weil in der NSDAP eine Gruppe in der Hakenkreuzfahne nichts anderes sah als eine Kombination, eine neue Form der Farben schwarz - weiss - rot, waehrend eine andere Gruppe in dieser Flagge die rote Fahne sah mit einem Hakenkreuz. Es war so, dass es schon ganze Gruppen gab von ehemaligen Deutschnationalen in der NSDAP oder von ehemaligen Kommunisten in der NSDAP. Ich erhoffte also in der weitgespannten Bewegung ein Forum geistiger Auseinandersetzung zu finden, einer geistigen Auseinandersetzung, die dann nicht mehr mit der moerderischen Erbitterung ausgetragen wuerde, die vorher in Deutschland geherrscht hatte, sondern die ausgetragen wurde in einer gewissen Disziplin und unter dem Primat des nationalen und sozialen Gedankens. Aus diesem Grunde habe ich in einem immer neuen Kompromiss eigene Wuensche zurueckgestellt, eigenes Bedenken und eigene politische Anschauung. Ich riet dies auch in vielen Unterhaltungen meinen Freunden dann, wenn diese sich darueber beklagten, dass sie und ihre Interessen in der Zeit der Gleichschaltung schlecht behandelt worden war Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, dass auch Millionen von Deutschen nur aus diesem Grunde und in dieser Erwartung zur Partei kamen. Sie glaubten, einer guten Sache zu dienen, sie waren in einem wahren Idealismus bereit, dieser Sache alles

H0384 - 0076

zu opfern ausser ihrer Ehre. Ich musste inzwischen erkennen, dass der Fuehrer dieser Sache die Opfer dieser Idealisten annahm, dass er es verwirtschaftete und dass er ausserdem ihre Ehre mit einem sinnlosen und unmenschlichen, in der Geschichte beispiellosen, Mord befleckte, einem Mord, den keine Notwendigkeit des Krieges hatte rechtfertigen koennen, fuer den sogar keinerlei Grund zu finden war in irgendeiner Notwendigkeit des Krieges.

F: Nun wirft Ihnen die Anklage vor, dass Sie 1933 - ich zitiere - den ueblichen Eid der bedingungslosen Treue zu Hitler geschworen haben. Aus welchem Grunde Sie auch immer das taten, die Tatsache, dass Sie diesen Eid leisteten, ist richtig, nicht wahr ?

A: Jawohl, ich habe auch zweimal den Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet und zwar 1933 und 1938. Ich darf etwas hinzufuegen. Es war immer und es ist noch meine Ueberzeugung, kein Eid entbindet einen Menschen von allgemeinen menschlichen Pflichten. Niemand wird durch einen Eid zu einem unverantwortlichen Werkzeug. Auch mein Eid haette mich niemals dazu veranlasst, einen Befehl durchzufuehren, wenn ich ihn als verbrecherisch erkannt haette. Ich habe niemals in meinem Leben irgend jemandem blind gehorcht. Deshalb berufe ich mich auch fuer keine einzige meiner Handlungen auf die Gehorsamspflicht.

F: Haben Sie den Eid gehalten, den Sie leisteten ?

A: Ja, mir sind keine Handlungen zugemutet worden, die ich als verbrecherisch haette ansehen koennen oder als eine Verletzung geschriebener oder ungeschriebener Gesetze. Im uebrigen habe ich den Eid, den ich leistete, nicht Hitler, sondern dem deutschen Volk gehalten.

F: Wie lange haben Sie den Eid gehalten.

A: Ich habe ihn bis zum Schluss gehalten. Dann allerdings bin ich gegen den Befehl, der mir gegeben wurde, in Berlin geblieben. Als Hitler und seine naechste Umgebung die Flucht in den Tod oder die Flucht nach dem Westen ergriffen hatten, war ich meines Wissens als einziger hoeher Beamter in Berlin. Ich sammelte damals die ihrem Schicksal ueberlassenen Angestellten der obersten Reichbehoerden in den Truemmern meines Bueros. Hitler hatte den Befehl zum Weiterkaempfen hinterlassen. Der Berliner Kampfkommandant war unauffindbar. So fuehlte ich mich als Zivilist verpflichtet, dem russischen Marschall Schukow die Kapitulation anzubieten. Als ich die Parlamentaere abfertigte, die ueber die Kampflinie gehen sollten, erschien der letzte Wehrmachtsadjutant Hitlers, der General Burgsdorff und wollte mich in

H0384 - 0077

Efuellung des Befehls Hitlers niederschiessen. Es kam trotzdem zu der Kapitulation, auch wenn sie von dem inzwischen gefundenen Kampfkommandanten unterzeichnet wurde. Ich habe also, wie ich glaube, den Eid gehalten, den Eid, den ich in der Person Hitlers dem deutschen Volke leistete.

F: Hatten Sie ein A mt in der Partei ?

A: Nein.

F: Waren Sie politischer Leiter ?

A: Nein.

F: Waren Sie in der SA oder SS oder einer der hier angeklagten Organisationen ?

A: Nein.

F: Haben Sie einmal an einem Parteitag teilgenommen ?

A: Nein.

F: An keiner der Feiern des 9. November in Muenchen ?

A: Nein.

F: Dann schildern Sie bitte kurz Ihre Stellungen ind Ihre Arbeit von 1933 bis 194

A: Ich darf auch hier wieder auf mein Affidavit 3469 PS verweisen und zwar auf de gesamten Rest. Ich kann mich deshalb wieder mit einigen Stichworten begnuegen bzw mit einigen Ausfuehrungen, die das ergaenzen, was im Affidavit nicht gesagt ist. Ich blieb beider Machtuebernahme durch den Nationalsozialismus das, was ich vorher gewesen war, naemlich Chefredakteur des "Drahtlosen Dienstes". Das war der Nam des deutschen Rundfunk- Nachrichtendienstes. Ich blieb das noch weitere fuenf Jahre. Im Mai 1933 wurde dieser Drahtlose Dienst, der ein Teil der Reichsrundfunk-Gesellschaft gewesen war, eingegliedert in das Propagandaministerium und zwar in dessen Abteilung Presse. Da ich ein Spezialist war im journalistischen Nachrichtenwesen, erhielt ich sehr bald die Betreuung der Nachrichtenagenturen, zunaechst der kleineren wie "Transozean" oder "Europapress" oder "Eildienst", nachher auch die Betreuung des grossen Deutschen Nachrichtenbueros. Ich hatte damals ueber die Agenturen keine Befehlsgewalt, denn ich selbst war ja noch ein Angestellter des Ministeriums und noch nicht ein Beamter. Ich hatte auch kein Bestimmungsrecht ueber de Inhalt der Nachrichten. Ich hatte nur die organisatorische Aufsicht, aber ich glaube, dass mein Rat damals viel galt. In jener Zeit habe ich auch andere Beratungen journalistischer Art gemacht.

Im Dezember 1938 wurde ich dann Leiter der Abteilung "Deutsche Presse". Ich wurde Ministerialdirigent. Ich fuehlte mich als Beamter noch als der Journalist, der ich

H0384-0078

vorher Jahrzehnte gewesen war. Ich behilet die Leitung der Abteilung "Deutsche Presse" bis zum Fruehjahr 1942.

Zu diesem Zeitpunkt war ich nicht einverstanden u.a. mit der schoenfaerberischen Pressepolitik meines damaligen Vorgesetzten, des Reichspressechefs Dr. Dietrich. Ich wurde deshalb Soldat und ging an die Ostfront. Im Herbst 1942 wurde ich zurueckgeholt von Dr. Goebbels. Dr. Goebbels billigte meine vorher geaeusserte Kritik, die er kannte. Er bot mir die Leitung der Rundfunkabteilung seines Ministeriums an. Ich antwortete, ich koennte nur dann ins Propagandaministerium zurueckkommen, wenn ich die Gewissheit haette, dass eine politische Beendigung des Krieges gesucht wuerde und dass nicht abgezielt wurde auf den militaerischen totalen Sieg, den ich vom ersten Tage des Krieges fuer unmoeglich gehalten habe. Ich sagte damals Dr. Goebbels woertlich "einen Kampf bis zur Selbstvernichtung, so wie ihn die Goten am Vesuv kaempften, mache ich als Propagandist nicht mit". Dr. Goebbels antwortete mir damals dass auch Hitler und auch er die politische Beendigung des Krieges auf der Basis einer Verstaendigung suche. Er verspräch mir, dass er mich rechtzeitig unterrichten wolle, wenn er merke, dass der Fuehrer diese Absicht aendere. Dr. Goebbels hat dieses Versprechen in Abstaenden von einigen Monaten bis zum Ende des Krieges wiederholt und mir dann bei der jeweiligen Wiederholung sogar immer substanzierte Andeutungen ueber die jeweiligen im Gange befindlichen politischen Bemuehungen gemacht. Ich habe heute das Gefuehl, dass er das Versprechen gebrochen habe. Damals uebernahm ich also die Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums und wurde Ministerialdirektor.

F: Das waren Ihre amtlichen Stellungen. Nun, diese waren der Oeffentlichkeit weniger bekannt. Bekannter waren Ihre Rundfunkvortraege. Wie steht es damit ?

H0384 - 0079

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG FRITSCHE DURCH RECHTSANWALT DR. FRITZ:

A: Ich sprach seit 1932 woechentlich einmal 10 - 15 Minuten ueber einige deutsche Sender und im Deutschlandsender. Zu Anfang des Krieges sprach ich dann taeglich und zwar ueber alle Sender. Ich glaube 3 oder 4 Monate lang, dann sprach ich drei Mal woechentlich, dann zwei Mal woechentlich und nachher wieder ein Mal woechentlich. Zunaechst stellten diese Rundfunkvortraege eine einfache Zeitungsschau dar, das heisst, eine Sammlung von Zitaten in-und auslaendischer Zeitungen, insbesonder. nach Beginn des Krieges aber wurden diese Vortraege selbstverstaendlich zu einer Polemik auf der Grundlage von Zitaten, meistens von Zitaten auslaendischer Zeitungen und auslaendischer Rundfunksender..

F: Waren diese Ihre Vortraege offiziell, trugen sie amtlichen Charakter? Die Anklage behauptet, Sie seien natuerlich der Kontrolle des Propagandaministeriums unterstanden gewesen.

A: Das ist in dieser Form nicht richtig. Die Vortraege waren nicht offiziell, sie waren zu Anfang eigentlich ausgesprochene Privatarbeiten. Allerdings konnte ich nicht verhindern, dass im Laufe der Zeit die privaten Vortraege eines Mannes der eine Stellung hatte im Propagandaministerium, nicht mehr als privat gewertet wurden, sondern als offizioes.

F: Sie sagen eben, Privatarbeiten, die dann spaeter als offizioes betrachtet wurden. Zur Klaerung frage ich, durfte man an Ihren Vortraegen Kritik ueben, oder wurde man dann verhaftet?

A: Man durfte nicht nur Kritik ueben, sondern man hat es getan. Ich habe eine umfangreiche Korrespondenz mit meinen Kritikern gefuehrt, allerdings nur mit dem Teil, der seinen Namen unterschrieb. Es gab natuerlich auchanonyme Kritiker, allerdings darf ich hierbei anfuegen, dass die anonymen meist nut allgemeine Anstaende hatten.

Nach Ausbruch des Krieges bot mir eine Sueddeutsche Staatsanwaltschaft und nachher das Justizministerium einen gewissen Schutz fuer meine Publikationen, offenbar in der Annahme, sie seien eben offiziell oder offizioes. Es wurde mir vorgeschlagen bei irgendwelchen Beleidigungsprozessen als Nebenklaeger aufzutreten. Ich habe das ausdruecklich abgelehnt und zwar mit einer Begruendung, die ich auch immer wieder selbst gebraucht habe und offiziell aussprach mit der Feststellung, auf etwas muessen die Menschen doch schimpfen duerfen, wenn es ihnen verboten ist auf den Staat und die Regierung zu schimpfen, dann muss es ihnen

H0384-0080

erlaubt sein, das wenigstens auf Presse, auf Rundfunk und auf mich zu tun.

F: Wie bearbeiteten Sie diese Ansprachen, wurden sie schriftlich festgelegt und vorher zensiert?

A: Eine vorherige Zensur habe ich immer abgelehnt. Das Material wurde sehr sorgfaeltig gesammelt, es wurde aufgehoben in dem sogenannten Archivschnelldienst, dessen Herbeischaffung beantragt wurde, vom Hohen Gericht auch genehmig wurde, der aber nicht gefunden wurde. Das Material bestand aus Zeitungsausschnitten und Meldungen der Nachtichten-Agentur und aus Abhoerberichten auslaendischer Sender. Die Pruefung zweifelhafter Dinge wurde durch einen eigenen Referenten vorgenommen. Dann wurde der Vortrag roh skizziert in einem Diktat und verhaeltnismaessig frei gesprochen. Also es wurde anders verfahren als bei einem Aufsatz. Es wurde nicht jeder Satz gefeilt, weil bei einem geschriebenen Wort jeder Ausdruck wiegt, aber bei einem gesprochenen Wort ja der Gesamteindruck entscheidet.

F: Also Sie arbeiteten im Propagandaministerium. Sein Minister war Dr. Goebbels. Seine Name wurde hier oft genannt und zwar in verschiedenen Stellunge als Reichsminister fuer Propaganda, Reichspropagandaleiter der NSDAP, Reichsbeauftragter fuer den totalen Kriegseinsatz und Gauleiter von Berlin. In welcher dieser Eigenschaften hatten Sie mit Dr. Goebbels zu tun?

A: Ausschliesslich in der Eigenschaft als Propagandaminister.

F: Waren Sie da sein Vertreter?

A: Nein. Ich war in den letzten 2½ Jahren sein Beauftragter fuer den Rundfunk und ausserdem Leiter einer von zwoelf Abteilungen seines Ministeriums. Vertreter von Dr. Goebbels waren die Staatssekretaere, zuletzt Dr. Neumann, der auch fuer einen Tag sein Nachfolger wurde.

F: War Dr. Goebbels Ihr einziger und unmittelbarer Vorgesetzter?

A: Nein. Zwischen ihm und mir gab es zu Anfang viele Instanzen, spaeter immer nur noch einige. Ohne dienstlichen Vorgesetzten bin ich zum ersten Mal hier auf der Anklagebank.

F: Bei dieser Gelegenheit: Wen von den Angeklagten kannten Sie, mit wem hatten Sie dienstliche oder persoenliche Besprechungen?

A: Dienstliche Besprechungen habe ich zwei-dreimal bald nach 1933 gehabt mit Funk, der damals als Staassekretaer im Propagandaministerium war und im Wesentlichen die wirtschaftlichen und organisatorischen Dinge bearbeitete.

H0384 - 0081

Mit ihm besprach ich die Finanzplaene fuer die Neuorganisierung des Nachrichtenwesens. Ich habe dann einmal eine Ruecksprache mit Gross-Admiral Doenitz in einer technischen Angelegenheit gehabt. Ich habe Seyss-Inquart im Haag, Papen in Istanbul aufgesucht. Alle uebrigen kannte ich per distance, und habe sie persoenlich erst im Prozess kennengelernt.

F: Wie war das mit Hitler?

A: Eine Aussprache mit ihm habe ich niemals gehabt. Dagegen sah ich ihn im Laufe von 12 Jahren natuerlich mehrfach im Reichstag, bei Grossveranstaltunge oder Empfaengen einmal war ich auch in seinem Hauptquartier und wurde zum Abendessen in groesserem Kreise zugezogen. Sonst erhielt ich Weisungen von Hitler n durch Dr. Dietrich oder dessen Vertreter oder durch Dr. Goebbels und dessen verschiedene Vertreter.

F: Wie stand es mit Dr. Goebbels, waren Sie mit ihm befreundet, waren Sie haeufig mit ihm zusammen?

A: Befreundet kann man keinesfalls sagen. Das Verhaeltnis war dienstlich reserviert und in gewisser Weise distanziert. Persoenlich bei ihm war ich sogar seltener als andere Mitglieder von Dr. Goebbels meiner Rangstufe. Aber ich glaubte zu beobachten, dass er mich respektvoller behandelte als irgendeinen anderen seiner Mitarbeiter. Insofern nahm ich eine gewisse Sonderstellung ein. Ich schaetzte bei Dr. Goebbels die Intelligenz und die Faehigkeit, wenigstens manchmal vor besseren Argumenten, die eigene Ansicht zu aendern. Ich sah ihn in den ersten 5 Jahren ca. zwei Mal im Jahre; als ich Abteilungsleiter war, sah ich ihn vielleicht ein Mal im Monat, nach Kriegsausbruch sah ich ihn taeglich im Rahmen einer Konferenz von 30 - 50 Mitarbeitern und daneben hatte ich ja einmal woechentlich eine Ruecksprache ueber ein Spezialthema mit ihm.

F: Wir kommen nun zum Gebiet der Propaganda. Koennen Sie das Wesen der Propaganda im Dritten Reich umreissen?

A: Ich will es versuchen. Es gab drei Arten von Propaganda:
Die erste war die unorganisierte Agitation der radikalen Fanatiker in der Partei. Sie zeigte sich auf allen Gebieten. Auf dem Gebiete der Religion, der Rassenpolitik, der Kunst, der Allgemein-Politik und der Kriegfuehrung. Die Spitze dieser unorganisierten Agitation wurde in anwachsendem Masse Bormann.
Die zweite Art von Propaganda war die Reichspropagandaleitung der NSDAP. Ihr

H0384 - 0082

Leiter war Dr. Goebbels. Sie versuchte die Agitation der Radikalen in irgendeine diskussionsfaehige Form zu bringen. Die dritte Art war die staatliche Organisation, das Reichspropagandaministerium.

F: Die Anklage hatte zu Anfang behauptet, Sie waren auch Leiter der Rundfunkabteilung der Propagandaleitung der NSDAP gewesen? Wie steht es damit?

A: Die Anklage hat diese Behapptung zurueckgezogen. Sie sagte, sie haette keine Beweise dafuer. Es waere richtiger gewesen, zu sagen, dass diese Behauptung erwiesenermassen falsch ist. Ich verweise auf mein Affidavit 3469-PS Punkt 37. Dort stelle ich fest, dass ich im Gegensatz zu, meines Wissens, allen meinen Vorgaengern als Leiter der Abteilung Rundfunk des Ministeriums nicht gleichzeitig Leiter der Rundfunkabteilung der Partei war. Ich erweitere heute diese Erklaerung mit der Feststellung, dass ich ueberhaupt kein Amt in der Partei hatte.

F: Es ist Ihnen der Vorwurf gemacht worden, Sie haetten Dr. Goebbels geholfen, die Welt in das Blutbad des Angriffskrieges zu stuerzen. Trifft das zu, hat Dr. Goebbels jemals mit Ihnen ueber Angriffsplaene gesprochen?

A: Nein. Es ist niemals von mir in der Absicht eines Angriffskrieges gesprochen worden, weder von Dr. Goebbels noch von irgendeinem anderen.

F: Es wurde hier im Laufe des Prozesses mehrfach gesprochen von einigen Konferenzen, in denen, wie es hiess, verschiedene Angriffsplaene besprochen wurden, der Angriff auf die Tschechoslovakei, auf Polen, auf Norwegen, auf Russland. Haben Sie an diesen Konferenzen teilgenommen, haben Sie von ihnen gehoert?

A: Ich habe an keiner einzigen dieser Konferenzen teilgenommen und ich habe erstmals von ihnen gehoert, hier im Gerichtssaal.

F: Nun, wenn innerhalb von diesen Konferenzen nicht von Angriffen gesprochen wurde, wurde dann ueberhaupt vom Krieg und von Kriegsmoeglichkeiten gesprochen?

A: Nein. Aber es wurde von Kriegsgefahren gesprochen und zwar schon 1933, Kriegsgefahren, die bedingt waren durch die einseitige Abruestung eines Staates inmitten hochgeruesteter anderer Staaten. Dieses Missverhaeltnis zwischen Ruestung und Nichtruestung musste als eine Lockung zum Angriff erscheinen. In der deutschen Propaganda nach 1933 ist diese Ueberlegung und diese Behauptung ein Hauptgrund gewesen, zunaechst fuer die Forderung nach Abruestung der anderen Maechte und nachher fuer die deutsche Forderung nach Ruestungsausgleich. Das erschien mir durchaus logisch. Aber niemals ist von einer Kriegsgefahr gesprochen worden ohne gleichzeitigen Hinweis auf den deutschen Friedenswillen. Das erschie

H0384 - 0083

mir ehrlich. Im Sommer 1939, als die Kriegsgefahr immer drohender wurde, war ich oefter bei Dr. Goebbels, als zu irgendeiner anderen Zeit. Ich uebergab Dr. Goebbels eine Reihe von kleinen Denkschriften, sozusagen als Beitrag aus meinem Arbeitsgebiet, dem Nachrichtenwesen. Es waren Analysen der oeffentlichen Meinung westlicher Laendern und aus ihnen ging immer wieder hervor, dass England zum Kriege entschlossen sei im Falle eines Konfliktes mit Polen. Ich erinnere mich, dass Dr. Goebbels tief beeindruckt war, als ich ihm wieder einmal eine solche Denkschrift gab, sich sehr besorgt aeusserte und sich entschloss, sofort zu Hitler zu fliegen. Er sagte mir damals woertlich: " Glauben Sie mir, wir haben nicht 6 Jahre erfolgreich gearbeitet, um jetzt alles in einem Krieg zu riskieren." Weiter kannte ich im Sommer 1939 einige wichtige Maengel der deutschen Ruestung, die zum Teil auch hier schon im Gerichtssaal erwaehnt worden sind. Demnach war ich von der Ehrlichkeit des Friedenswillens in der Politik Hitlers ueberzeugt. Wenn in diesem Prozess Dokumente vorgelegt wurden aus denen hervorgeht, dass Hitler insgeheim anders dachte oder anders handelte, dann kann ich mir kein Urteil bilden, weil die Dokumente der Gegenseite noch nicht veroeffentlicht sind. Sollte es aber so sein, wie die hier vorgelegten Dokumente sagen, dann muss ich feststellen, dass ich ueber die Ziele der deutschen Politik getaeuscht worden bin.

F: Herr Praesident, ich hatte zu Beginn meiner Beweisfuehrung erklaert, dass es nicht gelungen ist, die Rundfunkansprachen des Angeklagten Fritsche herbeizufuehren. Ich habe mich bei den deutschen Rundfunksendern selbst bemueht und es ist mir wenigstens gelungen, einen kleinen Teil aus den Jahre 1939 und 1940 zu bekommen. Aus diesen Reden habe ich einige ausgewaehlt, die ich als "Fritsche Exhibit Nr. 1 dem Hohen Gericht anbieten moechte. Aus der Rundfunkrede Fritsches vom 15. November 1939 moechte ich zur Unterstuetzung sagen, was der Angeklagte eben ausgefuehrt hat, nur einen Satz woertlich zitieren.

Ich zitiere: " Der einzige Kriegsgrund, der fuer ein Volk, das in seiner Gesamtheit niemals kriegsluestern ist, ueberhaupt in Frage kommt, der einzige Kriegsgrund, der auch moralisch zu rechtfertigen ist, ist die Bedrohung der Existenz des Lebens eines Volkes." Und diese vom Angeklagten Fritsche anfangs des Krieges betonte Linie hat er auch waehrend des Krieges beibehalten. Zum Beweis dafuer moechte ich eine weitere Stelle zitieren aus demselben Dokument und zwar

H0384 - 0084

aus einer Rundfunkrede Fritsches vom 23. Juli 1940. Ich zitiere: "Wir Deutschen haben im Laufe unserer ganzen Geschichte und vor allem vor 30 Jahren genug Blut und Traenen und Menschenleichen erlebt, um ihm nun ehrlich ins Auge zu sehen. Wir wussten, was Krieg heisst und wollten ihn deshalb nicht und weil der Fuehrer es so genau weiss und selbst erlebt hat, deshalb bot er am 6. Oktober und am 19. Juli den Frieden an."

Haben Sie in irgendeiner Weise irgendetwas zu tun gehabt mit Kriegsvorbereitungen geistiger oder organisatorischer Art?

A: Direkt nicht, vielleicht indirekt. Ich bin eingetreten fuer die Forderung nach Abruestung der anderen, dann fuer Ruestungsausgleich und ich bin eingetreten fuer die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes. Der Ausdruck "Wehrhaftmachung" ist missverstaendlich, jedenfalls leicht zumissdeuten. Ich moechte ihn ausdruecklich erlaeutern als die Faehigkeit, in der Selbstverteidigung zu kaempfe Auch dem deutschen Volk ist immer wieder versprochen worden, oft durch meinen Mund, dass die Wiederherstellung seiner Wehrhoheit nur defensiven Zwecken dienen wuerde.

F: Wie und wo haben Sie diesen Gedanken vertreten?

A: In dem bescheidenen Rahmen meiner woechentlichen Rundfunkvortraege und zwar mit gelegentlichen Bemerkungen. Ich war ein Patriot, aber ich fuehle mich frei von Chauvinismus, also uebersteigertem Nationalsozialismus. Ich, als Historiker, war mir schon damals darueber klar, dass besonders im engen Europa, der alte ueberlieferte Nationalismus ein Anachronismus war und dass er im Widerspruch stand zum modernen Verkehr, modernen Waffen. Damals glaubte ich in Hitlers Lehre aber auch gewisse Elemente zu sehen, fuer eine neue Art der Voelkerverstaendigung. Es war besonders der immer wieder aufgestellte Lehrsatz, nur der Nationalsozialismus des einen Volkes kann den Nationalismus des anderen Volkes verstehen. Erst heute ist mir ideologisch klar geworden, insbesondere aber natuerlich materiell, durch die weitere Entwicklung der Waffen, dass die Zeit des Nationalismus vorueb ist, wenn die Menschen nicht Selbstmord begehen wollen, und dass die Zeit des Internationalismus gekommen ist, im guten oder im boesen. Damals aber galt der Nationalismus nicht als ein Verbrechen, alle vertraten ihn; es ist zu sehen, dass er heute noch vertreten wird und ich habe ihnauch vertreten.

F: Nun wird aber von der Anklage darauf hingewiesen, dass vor jedem An-

H0384 - 0085

griff ein Presse-Feldzug in Deutschland veranstaltet wurde und der darauf hinaus lief, das Opfer eines geplanten Angriffes zu schwaechen und das deutsche Volk psychologisch auf die neue Aktion vorzubereiten. Wenn dies von der Anklage zunaechst noch ohne Bezug auf Sie persoenlich festgestellt wird und wenn auch nachher nicht direkt der Vorwurf erhoben wird, dass Sie diese Presse-Kompagnen veranstalteten, so wird von der Anklage doch sehr stark Ihre Verbindung mit dieser Praxis herausgestellt. Was haben Sie also in Ihrer Rolle im publizistischen Kampf an Tatsachen auszusagen?

A: Ich kann zunaechst nur darauf hinweisen, dass ich diese propagandistischen Aktionen ausfuehrlich geschildert habe in meinem Affidavit 3469-PS, Punkt 23 bis 33, und zwar von der Rheinland-Besetzung angefangen, bis zum Angriff auf die Sowjet-Union.

Diese Schilderungen enthalten auch Angaben ueber die Art und den Umfang meiner Beteiligung an diesen Aktionen. Darueber hinaus darf ich betonen, es fehlt in dieser Schilderung meines Affidavits jeglicher Hinweis auf die jeweilige Frage des Rechts. Es fehlt jede politische Begruendung. Ich moechte ausdruecklich betonen, dass ich in jedem Falle, einer jeden Aktion, eine gute Sache, ein gutes Recht zu vertreten glaubte. Es duerfte zu weit fuehren, wenn ich das hier fuer jeden Fall begruenden wollte, zumal ueber viele dieser Faelle auch schon hier gesprochen worden ist. Ich nehme an, ja ich hoffe, dass die Anklagevertretung noch Fragen stellen wird; denn ich stelle die Behauptung auf, wie auch immer die Tatsachen in den einzelnen Faellen sein moegen, mir und damit der deutschen Oeffentlichkeit wurde in jedem Augenblick, seit dem Anschluss Oesterreichs bis zum Angriff auf Russland, Informationen gegeben, die keinerlei Zweifel zuliessen, an der Rechtlichkeit, bezw. and er zunehmenden Notwendigkeit des deutschen Vorgehens und ich, als der einzige ueberlebende Informator der deutschen Oeffentlichkeit, halte mich fuer verpflichtet, hier bereitzustehen fuer jede Nachpruefung der Richtigkeit dieser meiner Behauptung, die fuer die deutsche Oeffentlichkeit von besonderer Wichtigkeit ist.

F: Es sind in Ihrem Affidavit einige Zeitungsueberschriften genannt, die als typisch gelten fuer die verschiedenen Spannungszustaende vor den einzelnen Aktionen. Was haben Sie dazu zu sagen?

Diese Ueberschriften stammen ausnahmslos aus dem "Voelkischen Beobachter". Diese Ueberschriften wurden mir vorgelegt und ich musste selbstverstanedlich

H0384 - 0086

ihre Richtigkeit bestaetigen. Ich darf aber betonen, dass der "Voelkische Beobachter" nicht typisch war fuer ein Ergebnis meiner Press-Politik. Der "Voelkische Beobachter" hatte meist eigene und direkte Verbindungen zum Hauptquartier und zu Hitler. Typische Produkte meiner Presse-Politik waren Zeitungen, wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die Muenchener Neuesten Nachrichten ", das "Hamburger Fremdenblatt", um nur einige zu nennen.

F: Aber die Anklage vertritt die Auffassung, dass Sie mit Ihrer inlaendischen Propaganda auch insoferne zum Krieg hetzten, als Sie im deutschen Volke feindliche Gefuehle zu erwecken versuchten, gegenueber anderen Voelkern Europas und der Welt. Es wird z.B. in der Anklagerede, Captain Sprecher's gesagt, Ausdruck "die Hetze gegen die Voelker der Sowjet-Union" Atmosphaere der Vernunftlosigkeit und des Hasses" sei von Ihnen geschaffen worden, oder Sie haetten Deutsche zu blindem Hass aufgereizt. Haben Sie das getan?

A: Nein, ich habe das nicht getan. Nie habe ich Hass zu erwecken versucht gegen Englaender, Franzosen, Amerikaner oder Russen usw. Es gibt kein einziges Wort dieser Art in vielleicht 1000 Reden, die ich vor dem Mikrophon gehalten habe. Wohl habe ich scharf polemisiert mit Regierungen, mit Regierungsmitgliedern mit Regierungssystemen, aber ich habe niemals Hass allgemein gepredigt, oder auch nur indirekt zu erwecken versucht, wie es etwa der Fall war, ich bitte um Entschuldigung, dass ich ein Beispiel aus dem Gerichtssaal nehme, in dem Augenblick, als hier ein Film vorgefuehrt wurde und dabei die Worte gesprochen wurden, " Hier sehen Sie Deutsche lachen ueber erhaengte Jugoslaven". Niemals habe ich in dieser allgemeinen Form einen Hass zu erwecken versucht und ich darf darauf hinweisen, dass auch jahrelang viele antinationalsozialistische Aeusserungen aus gewissen, damals noch neutralen, Laendern unbeantwortet blieben.

F: Wurden Sie von Ihren Vorgesetzten aufgefordert Ihrer Propaganda dem Stempel der Hetze zu geben, oder der Erregung von Hass?

A: Jawohl, das geschah oft. Aber es wurde nicht verlangt, dass Hetze getrieben wurde gegen Voelker, oder Hass gegen Voelker erwaehnt wurde. Das war ausdruecklich verboten, denn die Voelker wollen wir ja fuer uns gewinnen und immer wieder aber wurde ich aufgefordert, Hass zu erwecken gegen Einzelpersonen und gegen Systeme.

F: Wer hat Sie aufgefordert?

H0384 - 0087

A: Dr. Goebbels, Dr. Dietrich und beide oft im direkten Auftrage Adolf Hitler's. Es wurde immer wieder der Vorwurf erhoben, die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk erweckten gar keinen Hass gegen Roosevelt, Churchill, oder Stalin, sondern sie machten diese drei Persoenlichkeiten populaer, als tuechtige Maenner. Es war deshalb jahrelang der deutschen Presse auch verboten, diese drei Namen ueberhaupt zu erwaehnen, wenn nicht im Einzelfalle eine Erlaubnis dazu gegeben wurde, mit einer genauen Gebrauchsanweisung.

F: Wollen Sie nach all dem sagen, dass Sie die Aufforderung nach einer Umstellung Ihrer Propaganda auf Hetze, auf Erregung von Hass abgelehnt und nicht durchgefuehrt haben?

A: Ich moechte genau umreissen, was ich tat. Ich liess, als die Vorwuerfe von Dr. Goebbels und Dr. Dietrich sich haeuften, einmal sammeln alle Karrikaturen aus dem ersten und zweiten Weltkrieg, aus England, USA, Frankreich, einige wenige auch aus Russland. Ausserdem liess ich sammeln alle anti-deutschen Propagandafilme, deren ich habhaft werden konnte. Dann habe ich in 5 bis 6 mehrstuendigen Veranstaltungen diese Karrikaturen und diese Filme deutschen Journalisten und deutschen Rundfunksprechern vorgefuehrt. Ich selbst sprach nur einleitend, zwei oder drei Minuten. Es ist durchaus moeglich, dass ich durch diese Einfuehrung Hass erzeugt habe, aber ich moechte die Beurteilung dieses Mittels zur Erzeugung von Hass mitten in einem Krieg, der Beurteilung des Hohen Gerichtes anheim stellen. Jedenfalls erklaerte Dr. Goebbels auch spaeter, er sei unzufrieden und wir waeren Stuemper.

Ich darf eine Erklaerung hinzufuegen, Ich haette noch ein anderes Mittel gehabt, den mir gegebenen Befehl durchzufuehren, wirksam Hass zu erwecken, d.h. nicht ein Mittel sondern eine ganzen Gruppe von Mitteln, das waere z.B., um nur das eine Beispiel zu nennen, eine deutsche Publikation gewesen der beiden letzten Baende der Tarzan-Serie, einer in Deutschland damals sehr populaeren, abentuerlichen Romanserie, deren beiden letzten Baende stark anti-deutsch waren. Ich brauche sie hier nicht naeher charakterisieren, ich habe auf solche Produkte der frueheren anti-deutschen Propaganda nicht hingewiesen, ich habe solche Meth immer bewusst ignoriert.

F: Wenn Sie sagen, auf Hass und Hetze in Ihrer Propaganda verzichtet zu haben, womit haben Sie denn dann im wesentlichen Propaganda betrieben im Krieg?

H0384 - 0088

A: Ich habe Propaganda in diesem Krieg betrieben, fast ausschliesslich mit dem Begriff der Notwendigkeit und des Zwanges zu kaempfen. Ich habe immer wieder die Folgen einer Niederlage sehr schwarz gemalt und ich habe systematisch Zitate aus der Presse und aus dem Rundfunk der feindlichen Laender gebracht. Ich habe die feindlichen Forderungen, nach einer bedingungslosen Kapitulation, immer wieder zitiert. Ich habe das Wort von dem Ueber-Versailles oft gebraucht und habe, ich betone es, die Folgen eines verlorenen Krieges ueberaus pessimistisch geschildert. Ein Vergleich mit der Wirklichkeit steht mir heute nicht zu.

F: Aber haben Sie denn aus den Rundfunksendungen des Gegners nicht klar entnehmen koennen, dass sich der Kampf der Alliierten nicht gegen das deutsche Volk richtete, sondern nur gegan dessen Fuehrung. Haben Sie das dem deutschen Volke verheimlicht?

A: Im Gegenteil. Ich habe ihm das nicht verheimlicht, sondern ich habe auch das immer wieder zitiert. Nur habe ich es als unglaubhaft bezeichnet. Ich habe z.B. den Trick gebraucht, einmal den Wortlaut einer mittelalterlichen Kriegserklaerung zu zitieren, in der schon gesagt wurde, dass nur Fehde angesagt sei dem Koenig von Frankreich, dass man aber dem franzoesischen Volke die Freiheit bringen wolle.

F: Haben Sie auch versucht, die Front der Alliierten ...

VORSITZENDER: Ich glaube, das waere ein guenstiger Zeitpunkt abzubrechen?

(Woraufhin sich das Gericht bis auf den 27. Juni 1946, 1000 Uhr vertagt).